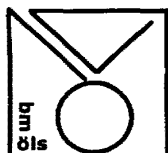


97/ME



Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport

**Abteilung II/A/1
Besoldungsrecht und
gruppenspezifisches Dienstrecht
A-1010 Wien, Wollzeile 1-3**

Sachbearbeiterin: Mag. Wawerka
Telefon: +43-(01)-514 33/7118
Telefax: +43-(01)-514 33/7475
E-Mail: barbara.wawerka@bmols.gv.at
Internet: www.bmols.gv.at
DVR: 1049823
GZ. 921.300/4-II/A/1/00

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebühreuzulagengesetz, das Bundestheaterpensionsgesetz, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Karenzurlaubsgeldgesetz, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Bundesgesetz über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte, das Teilpensionsgesetz, das Richterdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985 und das Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz geändert werden

An
die Österreichische Präsidentschaftskanzlei
die Parlamentsdirektion
den Rechnungshof
die Volksanwaltschaft
den Verfassungsgerichtshof
den Verwaltungsgerichtshof
das Bundeskanzleramt
alle Bundesministerien
das Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst
das Bundesministerium für Finanzen - Sektion II
das Bundesministerium für Finanzen - Sektion V
das Büro von Herrn Bundeskanzler Dr. Schüssel
das Büro von Herrn Bundesminister Mag. Grasser
das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. Finz
das Büro von Herrn Staatssekretär Dr. Waneck
das Büro von Frau Staatssekretärin Rossmann
das Büro von Herrn Staatssekretär Morak
die Geschäftsführung der Bundes-Gleichbehandlungskommission
die Bundestheater-Holding GmbH
das Bundespensionsamt
die Österreichische Bundesforste AG
die Österreichische Post AG
die Telekom Austria AG
die Bundesgeschäftsstelle des Arbeitsmarktservice Österreich
alle Ämter der Landesregierungen
die Verbindungsstelle der Bundesländer beim Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
den Österreichischen Städtebund
den Österreichischen Gemeindebund
die Wirtschaftskammer Österreichs
die Bundesarbeitskammer

- 2 -

die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs
den Österreichischen Landarbeiterkammertag
den Österreichischen Rechtsanwaltskammertag
alle Rechtsanwaltskammern
die Österreichische Ärztekammer
alle Universitäten und Universitäten der Künste
das Österreichische Institut für Rechtspolitik
die Österreichische Gesellschaft für Gesetzgebungslehre
die Österreichische Juristenkommission
die ARGE der Universitäts- und Rektoratsdirektoren
den Universitätslehrerverband
den Lektorenverband
die Österreichische Bischofskonferenz
den Evangelischen Oberkirchenrat A und HB Wien
den Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger
die Vereinigung Österreichischer Industrieller
den Österreichischen Gewerkschaftsbund
die Gewerkschaft Öffentlicher Dienst
den Verhandlungsausschuss der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes
die Vereinigung österreichischer Richter
die Rektorenkonferenz
die Bundeskonferenz der Universitätsprofessorinnen und Universitätsprofessoren
die Bundeskonferenz des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals
die Österreichische Hochschülerschaft
den Verband der Professoren Österreichs

Das Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport übermittelt in der Anlage den Entwurf einer Dienst- und Besoldungsrechtsnovelle, die im Wesentlichen Bestimmungen über die Flexibilisierung der Dienstzeit im Bundesdienst und die technische Umstellung auf den EURO beinhaltet, und ersucht um Abgabe einer Stellungnahme bis

2. Oktober 2000

in zweifacher Ausfertigung. Sollte bis zum angegebenen Termin keine Stellungnahme einlangen, darf eine Zustimmung zum vorliegenden Entwurf angenommen werden.

Die begutachtenden Stellen werden ersucht, 25 Ausfertigungen ihrer allfälligen Stellungnahmen dem Präsidium des Nationalrates (gegebenenfalls auch in elektronischer Form unter der Adresse begutachtungsverfahren@parlament.gv.at) zuzuleiten und das Bundesministerium für öffentliche Leistung und Sport hievon in Kenntnis zu setzen.

Beilage

18. September 2000
Für die Bundesministerin:
SC Mag. BACHMAYER

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Kesieber

Entwurf

Bundesgesetz, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebühreuzulagengesetz, das Bundestheaterpensionsgesetz, die Reisegebührenvorschrift 1955, das Karenzurlaubsgeldgesetz, das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, das Bundesgesetz über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte, das Teilpensionsgesetz, das Richterdienstgesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985 und das Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz geändert werden

Der Nationalrat hat beschlossen:

Inhaltsverzeichnis

Artikel	Gegenstand
1	Änderung des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979
2	Änderung des Gehaltsgesetzes 1956
3	Änderung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948
4	Änderung des Pensionsgesetzes 1965
5	Änderung des Nebengebühreuzulagengesetzes
6	Änderung des Bundestheaterpensionsgesetzes
7	Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955
8	Änderung des Karenzurlaubsgeldgesetzes
9	Änderung des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes
10	Änderung des Bundesgesetzes über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte
11	Änderung des Teilpensionsgesetzes
12	Änderung des Richterdienstgesetzes
13	Änderung des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984
14	Änderung des Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1985
15	Änderung des Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetzes

Artikel 1

Änderung des Beamten-Dienstrechtsgesetzes 1979

Das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979, BGBl. Nr. 333, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. § 47a lautet:

„§ 47a. Im Sinne dieses Abschnittes ist:

1. Dienstzeit die Zeit der im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden (dienstplanmäßige Dienstzeit) und der Mehrdienstleistung,
2. Mehrdienstleistung
 - a) die Überstunden,
 - b) jene Teile der Bereitschaft und des Journaldienstes, während derer der Beamte verpflichtet ist, seiner dienstlichen Tätigkeit nachzugehen,
 - c) die über die dienstplanmäßige Dienstzeit hinaus geleisteten dienstlichen Tätigkeiten, die gemäß § 49 Abs. 2 im selben Kalendervierteljahr im Verhältnis 1:1 durch Freizeit ausgeglichen werden,
 - d) die über die dienstplanmäßige Dienstzeit gemäß § 49 Abs. 5 hinaus geleisteten Tätigkeiten, soweit sie die regelmäßige Wochendienstzeit nach § 48 Abs. 2 oder 6 nicht überschreiten,
3. Tagesdienstzeit die Dienstzeit innerhalb eines ununterbrochenen Zeitraumes von 24 Stunden und
4. Wochendienstzeit die Dienstzeit innerhalb eines Zeitraumes von Montag bis einschließlich Sonntag.“

2. An die Stelle des § 48 Abs. 1 bis 4 treten folgende Bestimmungen:

„(1) Der Beamte hat die im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden einzuhalten, wenn er nicht vom Dienst befreit oder enthoben oder gerechtfertigt vom Dienst abwesend ist. Die Dienstzeit ist, sofern nicht wichtige dienstliche Interessen entgegenstehen, automationsunterstützt zu erfassen.

(2) Die regelmäßige Wochendienstzeit des Beamten beträgt 40 Stunden. Sie kann in den einzelnen Wochen über- oder unterschritten werden, hat aber im Kalenderjahr im Durchschnitt 40 Stunden je Woche zu betragen. Das Ausmaß der zulässigen Über- und Unterschreitung der regelmäßigen Wochendienstzeit in einzelnen Wochen des Durchrechnungszeitraumes ist im Dienstplan festzulegen.

(2a) Die Wochendienstzeit ist unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse und der berechtigten Interessen der Beamten durch einen Dienstplan möglichst gleichmäßig und bleibend auf die Tage der Woche aufzuteilen (Normaldienstplan). Soweit nicht dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen, kann die Wochendienstzeit auch unregelmäßig auf die Tage der Woche aufgeteilt werden. Soweit nicht zwingende dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen, sind Sonntage, gesetzliche Feiertage und Samstage dienstfrei zu halten.

(3) Soweit nicht wichtige dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen, ist die gleitende Dienstzeit einzuführen. Gleitende Dienstzeit ist jene Form der Dienstzeit, bei der der Beamte den Beginn und das Ende seiner täglichen Dienstzeit innerhalb festgesetzter Grenzen (Gleitzeitrahmen) selbst bestimmen kann. Während der innerhalb des Gleitzeitrahmens festzulegenden Blockzeit hat der Beamte jedenfalls Dienst zu versehen. Die Erfüllung der regelmäßigen Wochendienstzeit ist im Durchschnitt der Wochen des Kalenderjahres zu gewährleisten. Im Gleitzeitdienstplan ist eine Obergrenze für die jeweils in den Folgemonat übertragbaren Zeitguthaben festzulegen. Der zur Erreichung der durchschnittlichen Wochendienstzeit erforderliche Verbrauch von Zeitguthaben aus der gleitenden Dienstzeit kann, soweit nicht dienstliche Interessen entgegenstehen, vom unmittelbaren Dienstvorgesetzten auch während der Blockzeit gestattet werden.

(4) Bei Schicht- oder Wechseldienst ist ein Schicht- oder Wechseldienstplan zu erstellen. Dabei darf die regelmäßige Wochendienstzeit im Durchschnitt der Wochen des Kalenderjahres nicht über- oder unterschritten werden. Schichtdienst ist jene Form der Dienstzeit, bei der aus organisatorischen Gründen an einer Arbeitsstätte der Dienstbetrieb über die Zeit des Normaldienstplanes hinaus aufrechterhalten werden muss und ein Beamter den anderen ohne wesentliche zeitmäßige Überschneidung an der Arbeitsstätte ablöst. Bei wesentlichen zeitmäßigen Überschneidungen liegt Wechseldienst vor.“

3. Im § 48 Abs. 5 wird die Wortfolge „Schicht- oder Wechseldienstplanes oder eines Normaldienstplanes“ durch das Wort „Dienstplanes“ ersetzt.

4. § 49 lautet samt Überschrift:

„Mehrdienstleistung

§ 49. (1) Der Beamte hat auf Anordnung über die im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden hinaus Dienst zu versehen (Mehrdienstleistung). Den auf Anordnung erbrachten Mehrdienstleistungen sind Mehrdienstleistungen gleichzuhalten, wenn

1. der Beamte einen zur Anordnung der Mehrdienstleistung Befugten nicht erreichen konnte,
2. die Mehrdienstleistung zur Abwehr eines Schadens unverzüglich notwendig war,
3. die Notwendigkeit der Mehrdienstleistung nicht auf Umstände zurückgeht, die von dem Beamten, der die Mehrdienstleistung erbracht hat, hätten vermieden werden können, und
4. der Beamte diese Mehrdienstleistung spätestens innerhalb einer Woche nach der Erbringung schriftlich meldet; ist der Beamte durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis ohne sein Verschulden verhindert, diese Frist einzuhalten, so verlängert sie sich um die Dauer der Verhinderung.

(2) An Werktagen erbrachte Mehrdienstleistungen sind nach Möglichkeit im selben Kalendervierteljahr im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen. Mehrdienstleistungen außerhalb der Nachtzeit sind vor Mehrdienstleistungen in der Nachtzeit (22.00 bis 6.00 Uhr) auszugleichen. Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen sind nicht durch Freizeit auszugleichen.

(3) Mehrdienstleistungen an Werktagen, die im betreffenden Kalendervierteljahr nicht durch Freizeit ausgeglichen sind, gelten mit Ablauf des Kalendervierteljahres als Überstunden. Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen gelten in jedem Fall als Überstunden und sind nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten.

(4) Werktagsüberstunden sind je nach Anordnung

1. im Verhältnis 1:1,5 in Freizeit auszugleichen oder
2. nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten oder
3. im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen und zusätzlich nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten.

(5) Auf Zeiten einer zusätzlichen Dienstleistung nach § 23 Abs. 6 MSchG, nach § 10 Abs. 9 EKUG und nach § 50c Abs. 3 dieses Bundesgesetzes sind, soweit sie die regelmäßige Wochendienstzeit nach §§ 48 Abs. 2 oder 6 nicht überschreiten, die Abs. 2 bis 4 nicht anzuwenden. Diese Zeiten gelten als Mehrdienstleistung und sind

1. innerhalb von sechs Monaten im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen oder
2. nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten.

Soweit jedoch Zeiten einer solchen Dienstleistung die regelmäßige Wochendienstzeit überschreiten, sind auf sie die Abs. 2 bis 4 anzuwenden.

(6) Dem Beamten ist bis zum Ende des auf das Kalendervierteljahr folgenden Kalendermonats mitzuteilen, auf welche Werktagsüberstunden welche Abgeltungsart des Abs. 4 angewendet wird. Diese Frist kann mit Zustimmung des Beamten erstreckt werden.

(7) Werktagsüberstunden außerhalb der Nachtzeit sind vor Werktagsüberstunden in der Nachtzeit (22.00 bis 6.00 Uhr) auszugleichen.

- 3 -

(8) Ein Freizeitausgleich für Werktagsüberstunden ist bis zum Ende des sechsten auf das Kalendervierteljahr der Leistung folgenden Monats zulässig. Soweit nicht dienstliche Interessen entgegenstehen, kann die Frist für den Freizeitausgleich auf Antrag des Beamten oder mit dessen Zustimmung erstreckt werden.

(9) Folgende Zeiten gelten jedenfalls nicht als Überstunden:

1. Zeiten einer vom Beamten angestrebten Einarbeitung von Dienstzeit (zB im Fall eines Dienstaustausches oder einer sonstigen angestrebten Verlegung der Zeit der Dienstleistung), und
2. Zeitguthaben aus der gleitenden Dienstzeit, soweit sie die im Gleitzeitdienstplan festgelegte Obergrenze für jeweils in den Folgemonat übertragbare Zeitguthaben nicht übersteigen.

Diese Zeiten sind, soweit dies nicht bereits erfolgt ist, ausschließlich im Verhältnis 1:1 in Freizeit abzugelten.“

5. Im § 65 Abs. 1 Z 2 lit. b wird der Betrag „25 S“ durch den Betrag „1,8 €“ ersetzt.

6. § 76 Abs. 3 lautet:

„(3) Die Pflegefreistellung nach Abs. 1 darf im Kalenderjahr das Ausmaß der regelmäßigen Wochendienstzeit des Beamten nach §§ 48 Abs. 2 oder 6 oder nach den §§ 50a bis 50c nicht übersteigen.“

7. § 169 Abs. 1 Z 6 lautet:

„6. § 47a, § 48 Abs. 1, 2a dritter Satz und 4 bis 6 und die §§ 48a bis 48c (Dienstzeit),“

8. § 173 Abs. 1 Z 5 lautet:

„5. § 47a, § 48 Abs. 1, 2a dritter Satz und 4 bis 6 und die §§ 48a bis 48c (Dienstzeit),“

9. § 187 Abs. 1 Z 4 und Abs. 2 Z 4 lauten jeweils:

„4. § 47a, § 48 Abs. 1, 2a dritter Satz und 4 bis 6 und die §§ 48a bis 48c (Dienstzeit),“

10. Im § 236b Abs. 4 werden ersetzt:

a) in Z 1 der Betrag „25 000 S“ durch den Betrag „1 816,8 €“,

b) in Z 2 der Betrag „50 000 S“ durch den Betrag „3 633,6 €“.

11. § 240 samt Überschrift wird aufgehoben.

12. Dem § 284 wird folgender Abs. 43 angefügt:

„(43) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten in Kraft:

1. § 47a, § 48 Abs. 1 bis 5, § 49 samt Überschrift, § 76 Abs. 3, § 169 Abs. 1 Z 6, § 173 Abs. 1 Z 5, § 187 Abs. 1 Z 4 und Abs. 2 Z 4 und die Aufhebung des § 240 samt Überschrift durch das angeführte Bundesgesetz mit 1. Jänner 2001,
2. § 65 Abs. 1 Z 2 lit. b und § 236b Abs. 4 Z 1 und 2 mit 1. Jänner 2002.“

Artikel 2

Änderung des Gehaltsgesetzes 1956

Das Gehaltsgesetz 1956, BGBl. Nr. 54, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 15 Abs. 3 Z 4 wird das Wort „Schillingbetrag“ durch das Wort „Eurobetrag“ ersetzt.

2. § 16 Abs. 1 und 2 lautet:

„(1) Dem Beamten gebührt für Überstunden,

1. die nicht in Freizeit oder

2. die gemäß § 49 Abs. 4 Z 3 BDG 1979 im Verhältnis 1:1 in Freizeit

ausgeglichen werden, eine Überstundenvergütung.

(2) Die Überstundenvergütung umfasst

1. im Fall des § 49 Abs. 4 Z 2 BDG 1979 die Grundvergütung und den Überstundenzuschlag,

2. im Fall des § 49 Abs. 4 Z 3 BDG 1979 den Überstundenzuschlag.“

3. Im § 16 Abs. 5 wird das Zitat „§ 49 Abs. 3 BDG 1979“ durch das Zitat „§ 49 Abs. 8 BDG 1979“ ersetzt.

4. § 16 Abs. 6 lautet:

„(6) Abrechnungszeitraum für die Überstundenvergütung ist das Kalendervierteljahr. Die im Kalendervierteljahr geleisteten Überstunden sind zusammenzuzählen. Für Bruchteile von Überstunden gemäß § 49 Abs. 4 Z 2 und 3 BDG 1979, die sich dabei ergeben, gebührt dem Beamten der verhältnismäßige Teil der Überstundenvergütung.“

5. An die Stelle des § 17 Abs. 5 treten folgende Bestimmungen:

„(5) Abrechnungszeitraum für die Sonn- und Feiertagsvergütung ist der Kalendermonat. Die im Kalendermonat an Sonn- oder Feiertagen geleisteten Überstunden sind zusammenzuzählen. Für Bruchteile von Überstunden, die sich dabei ergeben, gebührt dem Beamten der verhältnismäßige Teil der Sonn- und Feiertagsvergütung.“

(6) § 16 Abs. 7 und 8 ist anzuwenden.“

6. Im § 21 Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 wird das Wort „Schillings“ jeweils durch das Wort „Euro“ ersetzt.

- 4 -

7. Die Tabelle im § 28 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe													
	A 1		A 2		A 3		A 4		A 5		A 6		A 7	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	22 903	1 664,4	17 838	1 296,3	15 968	1 160,4	15 658	1 137,9	15 346	1 115,2	15 037	1 092,8	14 724	1 070,0
2	22 903	1 664,4	18 343	1 333,0	16 384	1 190,7	15 972	1 160,7	15 626	1 135,6	15 263	1 109,2	14 895	1 082,5
3	22 903	1 664,4	18 849	1 369,8	16 800	1 220,9	16 287	1 183,6	15 908	1 156,1	15 487	1 125,5	15 067	1 095,0
4	23 719	1 723,7	19 356	1 406,7	17 217	1 251,2	16 602	1 206,5	16 188	1 176,4	15 713	1 141,9	15 239	1 107,5
5	24 528	1 782,5	19 861	1 443,4	17 632	1 281,4	16 916	1 229,3	16 468	1 196,8	15 938	1 158,3	15 411	1 120,0
6	25 703	1 867,9	20 367	1 480,1	18 048	1 311,6	17 231	1 252,2	16 750	1 217,3	16 163	1 174,6	15 583	1 132,5
7	27 677	2 011,4	20 882	1 517,6	18 464	1 341,8	17 545	1 275,0	17 054	1 239,4	16 387	1 190,9	15 755	1 145,0
8	29 657	2 155,3	22 388	1 627,0	19 003	1 381,0	17 860	1 297,9	17 357	1 261,4	16 611	1 207,2	15 926	1 157,4
9	31 636	2 299,1	23 896	1 736,6	19 543	1 420,2	18 175	1 320,8	17 660	1 283,4	16 836	1 223,5	16 098	1 169,9
10	33 610	2 442,5	25 402	1 846,0	20 081	1 459,3	18 510	1 345,2	17 964	1 305,5	17 073	1 240,7	16 271	1 182,5
11	35 585	2 586,1	26 911	1 955,7	20 627	1 499,0	18 845	1 369,5	18 267	1 327,5	17 309	1 257,9	16 443	1 195,0
12	37 563	2 729,8	28 417	2 065,1	21 175	1 538,8	19 181	1 393,9	18 571	1 349,6	17 544	1 275,0	16 627	1 208,3
13	39 540	2 873,5	30 091	2 186,8	21 819	1 585,6	19 515	1 418,2	18 875	1 371,7	17 781	1 292,2	16 811	1 221,7
14	41 518	3 017,2	31 764	2 308,4	22 464	1 632,5	19 850	1 442,6	19 234	1 397,8	18 017	1 309,3	16 995	1 235,1
15	43 494	3 160,8	32 811	2 384,5	23 262	1 690,5	20 185	1 466,9	19 594	1 424,0	18 253	1 326,5	17 180	1 248,5
16	45 473	3 304,7	33 858	2 460,6	24 059	1 748,4	20 932	1 521,2	20 394	1 482,1	18 500	1 344,4	17 364	1 261,9
17	47 447	3 448,1	34 907	2 536,8	24 894	1 809,1	21 682	1 575,7	21 205	1 541,0	18 747	1 362,4	17 550	1 275,4
18	49 435	3 592,6	35 953	2 612,8	25 729	1 869,8	22 433	1 630,3	22 015	1 599,9	18 995	1 380,4	17 734	1 288,8
19	52 178	3 791,9	38 247	2 779,5	26 564	1 930,5	22 731	1 651,9	22 317	1 621,8	19 242	1 398,4	17 918	1 302,2

8. Die Tabelle im § 30 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

der Ver- wendungs- gruppe	in der Funktions- gruppe	in der Funktionsstufe							
		1		2		3		4	
		S	€	S	€	S	€	S	€
A 1	1	570	41,4	1 711	124,3	3 195	232,2	3 651	265,3
	2	2 852	207,3	4 563	331,6	10 269	746,3	17 114	1 243,7
	3	3 082	224,0	5 646	410,3	12 369	898,9	20 470	1 487,6
	4	3 285	238,7	7 188	522,4	13 459	978,1	21 589	1 568,9
	5	7 552	548,8	13 267	964,2	23 687	1 721,4	32 271	2 345,2
	6	9 100	661,3	15 332	1 114,2	25 959	1 886,5	34 335	2 495,2
A 2	1	342	24,9	570	41,4	799	58,1	1 028	74,7
	2	570	41,4	912	66,3	1 142	83,0	1 711	124,3
	3	1 940	141,0	2 738	199,0	3 993	290,2	7 987	580,4
	4	2 509	182,3	3 424	248,8	5 705	414,6	10 269	746,3
	5	3 082	224,0	3 993	290,2	6 846	497,5	11 979	870,5
	6	3 424	248,8	4 563	331,6	7 987	580,4	13 463	978,4
	7	3 993	290,2	5 705	414,6	9 127	663,3	14 832	1 077,9
	8	8 047	584,8	10 731	779,9	16 096	1 169,7	22 535	1 637,7
A 3	1	342	24,9	457	33,2	570	41,4	684	49,7
	2	570	41,4	742	53,9	912	66,3	1 142	83,0
	3	912	66,3	1 369	99,5	2 282	165,8	3 993	290,2
	4	1 255	91,2	1 711	124,3	2 852	207,3	4 563	331,6
	5	1 711	124,3	2 282	165,8	3 424	248,8	5 134	373,1
	6	2 282	165,8	2 852	207,3	3 993	290,2	5 705	414,6
	7	2 852	207,3	3 424	248,8	4 791	348,2	6 275	456,0
	8	3 424	248,8	4 563	331,6	5 705	414,6	6 846	497,5
A 4	1	286	20,8	342	24,9	400	29,1	457	33,2
	2	570	41,4	912	66,3	1 369	99,5	2 282	165,8
A 5	1	286	20,8	342	24,9	400	29,1	457	33,2
	2	400	29,1	514	37,4	628	45,6	742	53,9

- 5 -

9. § 31 Abs. 2 lautet:

- „(2) Das Fixgehalt beträgt für Beamte
1. in der Funktionsgruppe 7
 - a) für die ersten fünf Jahre 88 354 S / 6 420,9 €,
 - b) ab dem sechsten Jahr 93 692 S / 6 808,9 €,
 2. in der Funktionsgruppe 8
 - a) für die ersten fünf Jahre 94 682 S / 6 880,8 €,
 - b) ab dem sechsten Jahr 100 020 S / 7 268,7 €,
 3. in der Funktionsgruppe 9
 - a) für die ersten fünf Jahre 100 020 S / 7 268,7 €,
 - b) ab dem sechsten Jahr 107 439 S / 7 807,9 €“

10. Im § 40a Abs. 1 wird der Betrag „1 085 S“ durch den Betrag „1 085 S / 78,9 €“ ersetzt.

11. § 40b Abs. 2 Z 1 bis 6 lautet:

- „1. im luftfahrttechnischen Assistenzdienst
- a) ohne einschlägige Berufsausbildung 111 S / 8,1 €,
 - b) mit einschlägiger Berufsausbildung in praktischer und theoretischer Ausbildung zum Wart 219 S / 15,9 €,
2. als Wart mit Grundbefähigung 1 866 S / 135,6 €,
 3. als Wart I. Klasse mit Grundbefähigung 3 182 S / 231,2 €,
 4. als Prüf- und Werkmeister mit Grundbefähigung 4 391 S / 319,1 €,
 5. im leitenden militärluftfahrttechnischen Dienst (Verwendungsgruppe A 2) 4 116 S / 299,1 €, und
 6. im leitenden militärluftfahrttechnischen Dienst (Verwendungsgruppe A 1) 3 457 S / 251,2 €“

12. § 40c Abs. 1 letzter Satz lautet: „Die Vergütung beträgt 4 060 S / 295,1 €.“

13. § 42 Abs. 1 lautet:

„(1) Das Gehalt des Staatsanwaltes wird durch die Gehaltsgruppe und in ihr durch die Gehaltsstufe bestimmt. Es beträgt:

in der Gehalts- stufe	in der Gehaltsgruppe					
	St 1		St 2		St 3	
	S	€	S	€	S	€
1	40 367	2 933,6	--	--	--	--
2	46 089	3 349,4	--	--	--	--
3	51 291	3 727,5	--	--	--	--
4	56 493	4 105,5	60 342	4 385,2	--	--
5	61 695	4 483,6	66 584	4 838,8	81 149	5 897,3
6	66 376	4 823,7	72 826	5 292,5	88 432	6 426,6
7	70 018	5 088,4	79 069	5 746,2	95 715	6 955,9
8	73 139	5 315,2	84 791	6 162,0	107 439	7 807,9

Ein festes Gehalt gebührt dem Leiter der Generalprokuratur im Ausmaß von 120 976 S / 8 791,7 €“

14. Im § 44 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „2 810 S“ durch den Betrag „2 810 S / 204,2 €“,
- b) in Z 2 der Betrag „3 537 S“ durch den Betrag „3 537 S / 257,0 €“,
- c) in Z 3 der Betrag „7 387 S“ durch den Betrag „7 387 S / 536,8 €“,
- d) in Z 4 der Betrag „9 780 S“ durch den Betrag „9 780 S / 710,7 €“,
- e) in Z 5 der Betrag „12 173 S“ durch den Betrag „12 173 S / 884,6 €“,
- f) in Z 6 der Betrag „8 947 S“ durch den Betrag „8 947 S / 650,2 €“,
- g) in Z 7 der Betrag „1 145 S“ durch den Betrag „1 145 S / 83,2 €“ und
- h) in Z 8 der Betrag „3 226 S“ durch den Betrag „3 226 S / 234,4 €“.

15. Im § 45 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „500 S“ durch den Betrag „500 S / 36,6 €“,
- b) in Z 2 der Betrag „620 S“ durch den Betrag „500 S / 45,1 €“.

16. Die Tabelle im § 48 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- 6 -

in der Gehaltsstufe	für					
	Universitätsprofessoren (§ 21 UOG 1993, § 22 KUOG)		Außerordentliche Universitäts- professoren		Ordentliche Universitäts- professoren	
	S	€	S	€	S	€
1	38 199	2 776,0	33 868	2 461,3	44 468	3 231,6
2	40 127	2 916,1	34 951	2 540,0	46 641	3 389,5
3	42 294	3 073,6	36 030	2 618,4	48 813	3 547,4
4	44 468	3 231,6	37 113	2 697,1	50 984	3 705,2
5	46 641	3 389,5	38 199	2 776,0	53 874	3 915,2
6	48 813	3 547,4	40 127	2 916,1	56 789	4 127,0
7	50 984	3 705,2	42 294	3 073,6	60 573	4 402,0
8	53 874	3 915,2	44 468	3 231,6	64 366	4 677,7
9	56 789	4 127,0	46 641	3 389,5	68 154	4 952,9
10	60 573	4 402,0	48 813	3 547,4	71 946	5 228,5
11	64 366	4 677,7	50 984	3 705,2	--	--
12	68 154	4 952,9	53 874	3 915,2	--	--
13	71 946	5 228,5	56 789	4 127,0	--	--
14	--	--	60 573	4 402,0	--	--
15	--	--	64 366	4 677,7	--	--

17. Die Tabelle im § 48a Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	Schilling	Euro
1	--	--
2	25 020	1 818,3
3	25 835	1 877,5
4	26 645	1 936,4
5	32 762	2 380,9
6	34 739	2 524,6
7	36 714	2 668,1
8	38 691	2 811,8
9	40 668	2 955,5
10	42 645	3 099,1
11	44 621	3 242,7
12	46 600	3 386,6
13	48 576	3 530,2
14	50 557	3 674,1
15	52 923	3 846,1
16	55 667	4 045,5
17	58 410	4 244,8
18	61 154	4 444,2

18. Im § 50 Abs. 4 wird der Betrag „7 745 S“ durch den Betrag „7 745 S/562,9 €“ ersetzt.

19. Im § 51 Abs. 2 wird der Betrag „50 500 S“ durch den Betrag „50 500 S/3 670,0 €“ ersetzt.

20. Im § 51 Abs. 11 und im § 51a Abs. 11 wird der Betrag „110 741 S“ jeweils durch den Betrag „110 741 S/8 047,9 €“ ersetzt.

21. Im § 51a Abs. 2 werden ersetzt:

a) in der Z 1 der Betrag „18 029 S“ durch den Betrag „18 029 S/1 310,2 €“.

b) in der Z 2 der Betrag „36 057 S“ durch den Betrag „36 057 S/2 620,4 €“.

c) in der Z 3 der Betrag „43 268 S“ durch den Betrag „43 268 S/3 144,4 €“.

d) in der Z 4 der Betrag „50 408 S“ durch den Betrag „50 408 S/3 663,3 €“.

e) in der Z 5 der Betrag „57 691 S“ durch den Betrag „57 691 S/4 192,6 €“.

f) in der Z 6 der Betrag „64 903 S“ durch den Betrag „64 903 S/4 716,7 €“.

22. Im § 51a Abs. 2 Z 7 und Abs. 16 wird der Betrag „72 114 S“ jeweils durch den Betrag „72 114 S/5 240,7 €“ ersetzt.

23. Im § 52 Abs. 1 wird der Betrag „4 162 S“ durch den Betrag „4 162 S/302,5 €“ ersetzt.

24. Im § 52 Abs. 3 wird der Betrag „8 700 S“ durch den Betrag „8 700 S/632,3 €“ ersetzt.

25. Im § 52 Abs. 4 wird der Betrag „4 350 S“ durch den Betrag „4 350 S/316,1 €“ ersetzt.

26. Die Tabelle im § 53 Abs. 4 lautet:

in der Amtszulagengruppe	I		II		III		IV	
	Schilling	Euro	Schilling	Euro	Schilling	Euro	Schilling	Euro
für den Rektor	130 000	9 447,5	105 000	7 630,6	85 000	6 177,2	70 000	5 087,1
für den Dekan	70 000	5 087,1	60 000	4 360,4	45 000	3 270,3	30 000	2 180,2

27. Im § 53 Abs. 6 werden der Betrag „15 000 S“ durch den Betrag „15 000/1 090,1 €“ und der Betrag „10 000 S“ durch den Betrag „10 000 S/726,7 €“ ersetzt.

28. § 53b Abs. 1 letzter Satz lautet: „Die Vergütung beträgt 4 060 S/295,1 €.“

29. Die Tabelle im § 55 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehaltsstufe	in der Verwendungsgruppe															
	L3		L 2b 1		L 2b 2		L 2b 3		L 2a 1		L 2a 2		L 1		L PA	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	15 701	1 141,0	17 442	1 267,6	18 588	1 350,8	19 222	1 396,9	19 043	1 383,9	20 400	1 482,5	--	--	24 917	1 810,8
2	15 966	1 160,3	17 770	1 291,4	18 864	1 370,9	19 510	1 417,8	19 634	1 426,9	21 033	1 528,5	22 903	1 664,4	24 917	1 810,8
3	16 227	1 179,3	18 094	1 314,9	19 135	1 390,6	19 798	1 438,8	20 216	1 469,2	21 673	1 575,0	23 719	1 723,7	24 917	1 810,8
4	16 491	1 198,4	18 430	1 339,4	19 424	1 411,6	20 087	1 459,8	20 817	1 512,8	22 305	1 621,0	24 528	1 782,5	27 088	1 968,6
5	16 754	1 217,6	18 786	1 365,2	19 708	1 432,2	20 375	1 480,7	21 408	1 555,8	22 939	1 667,0	25 703	1 867,9	29 260	2 126,4
6	17 168	1 247,6	19 718	1 433,0	20 865	1 516,3	21 543	1 565,6	22 606	1 642,8	24 217	1 759,9	27 677	2 011,4	31 434	2 284,4
7	17 808	1 294,2	20 665	1 501,8	22 036	1 601,4	22 710	1 650,4	23 848	1 733,1	25 765	1 872,4	29 657	2 155,3	33 607	2 442,3
8	18 475	1 342,6	21 629	1 571,8	23 203	1 686,2	23 879	1 735,4	25 085	1 823,0	27 313	1 984,9	31 636	2 299,1	35 775	2 599,9
9	19 184	1 394,2	22 589	1 641,6	24 373	1 771,3	25 048	1 820,3	26 516	1 927,0	29 106	2 115,2	33 610	2 442,5	37 950	2 757,9
10	19 909	1 446,8	23 547	1 711,2	25 545	1 856,4	26 217	1 905,3	27 946	2 030,9	30 898	2 245,4	35 585	2 586,1	40 127	2 916,1
11	20 646	1 500,4	24 506	1 780,9	26 712	1 941,2	27 382	1 989,9	29 378	2 135,0	32 689	2 375,6	37 563	2 729,8	42 294	3 073,6
12	21 385	1 554,1	25 834	1 877,4	28 108	2 042,7	28 785	2 091,9	30 805	2 238,7	34 482	2 505,9	39 540	2 873,5	44 468	3 231,6
13	22 121	1 607,6	27 155	1 973,4	29 506	2 144,3	30 180	2 193,3	32 245	2 343,3	36 272	2 636,0	41 518	3 017,2	46 641	3 389,5
14	22 861	1 661,4	28 483	2 069,9	30 905	2 246,0	31 576	2 294,7	33 672	2 447,0	38 067	2 766,4	43 494	3 160,8	48 813	3 547,4
15	23 888	1 736,0	29 804	2 165,9	32 305	2 347,7	32 978	2 396,6	35 104	2 551,1	39 857	2 896,5	45 473	3 304,7	50 984	3 705,2
16	24 911	1 810,4	30 985	2 251,8	33 544	2 437,7	34 215	2 486,5	36 362	2 642,5	41 451	3 012,4	47 447	3 448,1	53 874	3 915,2
17	25 937	1 884,9	32 209	2 340,7	34 831	2 531,3	35 499	2 579,8	37 681	2 738,4	43 114	3 133,2	49 435	3 592,6	56 766	4 125,3
18	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	52 178	3 791,9	59 656	4 335,4

30. Im § 56 Abs. 2 wird der Betrag „3 255 S“ durch den Betrag „3 255 S/236,6 €“ ersetzt.

31. § 57 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Dienstzulage beträgt

a) für Leiter der Verwendungsgruppe L PA

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen				ab der Gehaltsstufe 13	
	1 bis 8		9 bis 12		S	€
	S	€	S	€		
I	9 207	669,1	9 840	715,1	10 445	759,1
II	8 284	602,0	8 862	644,0	9 400	683,1
III	7 361	534,9	7 871	572,0	8 356	607,3
IV	6 439	467,9	6 886	500,4	7 322	532,1
V	5 524	401,4	5 897	428,6	6 260	454,9

- 8 -

b) für Leiter der Verwendungsgruppe L 1

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen				ab der	
	2 bis 9		10 bis 13		Gehaltsstufe 14	
	S	€	S	€	S	€
I	8 210	596,6	8 777	637,8	9 316	677,0
II	7 389	537,0	7 905	574,5	8 386	609,4
III	6 565	477,1	7 028	510,7	7 452	541,6
IV	5 741	417,2	6 143	446,4	6 528	474,4
V	4 927	358,1	5 261	382,3	5 587	406,0

c) für Leiter der Verwendungsgruppen L 2a 2, L 2b 3 und L 2b 2

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen				ab der	
	1 bis 8		9 bis 12		Gehaltsstufe 13	
	S	€	S	€	S	€
I	3 753	272,7	4 061	295,1	4 371	317,7
II	3 078	223,7	3 322	241,4	3 575	259,8
III	2 473	179,7	2 661	193,4	2 846	206,8
IV	2 068	150,3	2 218	161,2	2 371	172,3
V	1 723	125,2	1 849	134,4	1 977	143,7

d) für Leiter der Verwendungsgruppen L 2a 1 und L 2b 1

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen				ab der	
	1 bis 8		9 bis 12		Gehaltsstufe 13	
	S	€	S	€	S	€
I	2 922	212,4	3 190	231,8	3 437	249,8
II	2 464	179,1	2 675	194,4	2 854	207,4
III	2 058	149,6	2 223	161,6	2 374	172,5
IV	1 715	124,6	1 865	135,5	1 977	143,7
V	1 237	89,9	1 333	96,9	1 423	103,4

e) für Leiter der Verwendungsgruppe L 3

in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen				ab der	
	1 bis 10		11 bis 15		Gehaltsstufe 16	
	S	€	S	€	S	€
I	2 315	168,2	2 363	171,7	2 518	183,0
II	1 715	124,6	1 777	129,1	1 906	138,5
III	1 608	116,9	1 647	119,7	1 746	126,9
IV	1 156	84,0	1 190	86,5	1 261	91,6
V	808	58,7	824	59,9	867	63,0
VI	560	40,7	591	42,9	640	46,5"

32. Im § 58 Abs. 4 wird der Betrag „825 S“ durch den Betrag „825 S /60,0 €“ und der Betrag „1 512 S“ durch den Betrag „1 512 S /109,9 €“ ersetzt.

33. § 58 Abs. 6 lautet:

„(6) Die im Abs. 5 angeführte Dienstzulage beträgt

in der Verwendungs- gruppe	in den Gehaltsstufen				ab der	
	1 bis 5		6 bis 11		Gehaltsstufe 12	
	S	€	S	€	S	€
L 3	918	66,7	1 289	93,7	1 833	133,2
L 2b 1	276	20,1	385	28,0	549	39,9

In der Verwendungsgruppe L 3 erhöht sich diese Dienstzulage bei den im Abs. 5 Z 1 genannten Fremdsprachlehrern an Polytechnischen Schulen und bei den im Abs. 5 Z 3 genannten Lehrern für Werkerziehung an Polytechnischen Schulen um 451 S /32,8 €. In der Verwendungsgruppe L 2b 1 erhöht sich die im ersten Satz angeführte Dienstzulage bei den im Abs. 5 Z 3 genannten Lehrern für Werkerziehung an Polytechnischen Schulen um 135 S /9, 8 €.“

34. Im § 59 Abs. 2 wird der Betrag „2 728 S“ durch den Betrag „2 728 S /198,3 €“ ersetzt.

35. Im § 59a Abs. 1 werden ersetzt:

- 9 -

- a) in Z 1 der Betrag „918 S“ durch den Betrag „918 S /66,7 €“,
 b) in Z 2 der Betrag „1 390 S“ durch den Betrag „1 390 S /101,0 €“ und
 c) in Z 3 der Betrag „1 908 S“ durch den Betrag „1 908 S /138,7 €“.

36. Im § 59a Abs. 2 wird der Betrag „918 S“ durch den Betrag „918 S /66,7 €“ ersetzt.

37. Im § 59a Abs. 2a wird der Betrag „199 S“ durch den Betrag „199 S /14,5 €“ ersetzt.

38. Im § 59a Abs. 3 wird der Betrag „1 390 S“ durch den Betrag „1 390 S /101,0 €“ ersetzt.

39. Im § 59a Abs. 5a Z 2 wird der Betrag „1 103 S“ durch den Betrag „1 103 S /80,2 €“ ersetzt.

40. Im § 59b Abs. 1 werden ersetzt:

- a) in Z 1 lit. a, Z 2 lit. a und Z 3 lit. a der Betrag „654 S“ durch den Betrag „654 S /47,5 €“,
 b) in Z 1 lit. b, Z 2 lit. b, Z 2 lit. c und Z 3 lit. b der Betrag „813 S“ durch den Betrag „813 S /59,1 €“,
 c) in Z 1 lit. c und Z 2 lit. d der Betrag „976 S“ durch den Betrag „976 S /70,9 €“ und
 d) in Z 4 der Betrag „327 S“ durch den Betrag „327 S /23,8 €“.

41. Im § 59b Abs. 2 werden ersetzt:

- a) in Z 1 lit. a, Z 2 lit. a und Z 3 lit. a der Betrag „654 S“ durch den Betrag „654 S /47,5 €“,
 b) in Z 1 lit. b, Z 2 lit. b und Z 3 lit. b der Betrag „813 S“ durch den Betrag „813 S /59,1 €“,
 c) in Z 1 lit. c und Z 3 lit. c der Betrag „898 S“ durch den Betrag „898 S /65,3 €“,
 d) in Z 4 der Betrag „640 S“ durch den Betrag „640 S /46,5 €“ und
 e) in Z 5 der Betrag „322 S“ durch den Betrag „322 S /23,4 €“.

42. Im § 59b Abs. 3 wird in Z 1 der Betrag „976 S“ durch den Betrag „976 S /70,9 €“ und in Z 2 der Betrag „1 147 S“ durch den Betrag „1 147 S /83,4 €“ ersetzt.

43. Im § 59b Abs. 4 wird der Betrag „1 278 S“ durch den Betrag „1 278 S /92,9 €“ ersetzt.

44. Im § 59b Abs. 5 wird der Betrag „420 S“ durch den Betrag „420 S /30,5 €“ ersetzt.

45. Im § 59b Abs. 6 wird der Betrag „1 278 S“ durch den Betrag „1 278 S /92,9 €“ ersetzt.

46. Die Tabelle im § 60 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in den Fällen der Z	in den Gehaltsstufen 1 bis 9		ab der Gehaltsstufe 10	
	S	€	S	€
1 und 2	825	60,0	953	69,3
3	1 512	109,9	1 512	109,9

47. Im § 60 Abs. 3 wird der Betrag „542 S“ durch den Betrag „542 S /39,4 €“ und der Betrag „451 S“ durch den Betrag „451 S /32,8 €“ ersetzt.

48. Im § 60 Abs. 4 wird der Betrag „163 S“ durch den Betrag „163 S /11,8 €“ und der Betrag „135 S“ durch den Betrag „135 S /9,8 €“ ersetzt.

49. Die Tabelle im § 60a Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der (den) Verwendungs- gruppe(n)	in der Zulagenstufe									
	1		2		3		4		5	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
L 1	4 833	351,2	5 309	385,8	6 112	444,2	6 914	502,5	7 716	560,7
L 2a	4 319	313,9	4 658	338,5	5 291	384,5	6 032	438,4	6 797	494,0
L 2b	3 504	254,6	4 005	291,1	4 554	331,0	4 712	342,4	4 999	363,3
L 3	3 082	224,0	3 232	234,9	3 523	256,0	3 841	279,1	4 162	302,5

50. Im § 62a Abs. 2 wird der Betrag „5 281 S“ durch den Betrag „5 281 S /383,8 €“ ersetzt.

51. Im § 62a Abs. 3 wird der Betrag „777 S“ durch den Betrag „777 S /56,5 €“ ersetzt.

52. Im § 62a Abs. 5 wird der Betrag „7 780 S“ durch den Betrag „7 780 S /565,4 €“ ersetzt.

53. Im § 63b Abs. 1 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „2 768 S“ durch den Betrag „2 768 S /201,2 €“ und
 b) in Z 2 der Betrag „2 414 S“ durch den Betrag „2 414 S /175,4 €“.

54. Im § 63b Abs. 5 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „356 S“ durch den Betrag „356 S /25,9 €“ und
 b) in Z 2 der Betrag „310 S“ durch den Betrag „310 S /22,5 €“.

- 10 -

55. Die Tabelle im § 65 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Fixgehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe							
	SI 1		SI 2		FI 1		FI 2	
	S	€	S	€	S	€	S	€
1	63 135	4588,2	52 757	3834,0	50 395	3662,3	42 224	3068,5
2	69 126	5023,6	59 552	4327,8	55 268	4016,5	47 554	3455,9
3	76 734	5576,5	65 328	4747,6	61 350	4458,5	52 201	3793,6

56. Die Tabelle im § 72 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe							
	E 1		E 2a		E 2b		E 2c	
	S	€	S	€	S	€	S	€
1	--	--	--	--	16 324	1 186,3	15 242	1 107,7
2	--	--	--	--	16 549	1 202,7	15 467	1 124,0
3	--	--	--	--	16 933	1 230,6	15 692	1 140,4
4	21 393	1 554,7	18 875	1 371,7	17 689	1 285,5	15 973	1 160,8
5	22 329	1 622,7	19 326	1 404,5	18 072	1 313,3	16 254	1 181,2
6	23 264	1 690,7	20 430	1 484,7	18 454	1 341,1	16 565	1 203,8
7	24 200	1 758,7	20 841	1 514,6	18 837	1 368,9	16 875	1 226,4
8	25 134	1 826,6	21 251	1 544,4	19 218	1 396,6	17 186	1 249,0
9	26 069	1 894,5	21 662	1 574,2	19 600	1 424,4	--	--
10	28 079	2 040,6	22 072	1 604,0	19 983	1 452,2	--	--
11	30 089	2 186,7	22 483	1 633,9	20 919	1 520,2	--	--
12	31 118	2 261,4	23 021	1 673,0	21 860	1 588,6	--	--
13	32 595	2 368,8	24 454	1 777,1	22 696	1 649,4	--	--
14	34 073	2 476,2	25 258	1 835,6	23 094	1 678,3	--	--
15	35 101	2 550,9	26 062	1 894,0	24 036	1 746,8	--	--
16	36 130	2 625,7	26 924	1 956,6	24 977	1 815,1	--	--
17	37 159	2 700,4	27 787	2 019,4	25 919	1 883,6	--	--
18	38 188	2 775,2	28 648	2 081,9	26 859	1 951,9	--	--
19	40 575	2948,7	29 176	2 120,3	27 386	1 990,2	--	--

57. Die Tabelle im § 74 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Ver- wendungs- gruppe	in der Funktions- gruppe	in der Funktionsstufe							
		1		2		3		4	
		S	€	S	€	S	€	S	€
E 1	1	684	49,7	799	58,1	912	66,3	1 028	74,7
	2	799	58,1	1 028	74,7	1 255	91,2	1 711	124,3
	3	1 940	141,0	2 738	199,0	3 993	290,2	7 987	580,4
	4	2 509	182,3	3 424	248,8	5 477	398,0	10 838	787,6
	5	2 738	199,0	3 651	265,3	5 933	431,2	11 637	845,7
	6	3 424	248,8	4 563	331,6	7 987	580,4	13 463	978,4
	7	3 993	290,2	5 134	373,1	8 556	621,8	14 832	1 077,9
	8	8 047	584,8	10 731	779,9	16 096	1 169,7	22 535	1 637,7
	9	8 584	623,8	11 804	857,8	17 704	1 286,6	26 826	1 949,5
	10	10 194	740,8	12 875	935,7	19 314	1 403,6	33 263	2 417,3
	11	12 875	935,7	15 022	1 091,7	21 460	1 559,6	36 482	2 651,3
E 2a	1	684	49,7	799	58,1	912	66,3	1 028	74,7
	2	799	58,1	1 028	74,7	1 255	91,2	1 483	107,8
	3	1 142	83,0	1 711	124,3	2 282	165,8	2 852	207,3
	4	1 711	124,3	2 282	165,8	2 852	207,3	3 424	248,8
	5	2 282	165,8	2 852	207,3	4 563	331,6	6 960	505,8
	6	2 852	207,3	3 424	248,8	5 705	414,6	7 416	538,9
	7	3 424	248,8	4 563	331,6	6 846	497,5	9 127	663,3

- 11 -

58. Die Tabelle im § 81 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Verwendungs- gruppe	Schilling	Euro
E 2c	809	58,8
E 2b	947	68,8
E 2a	947	68,8
E 1	1 085	78,9

59. Im § 83 Abs. 1 wird der Betrag „1 132 S“ durch den Betrag „1 132 S /82,3 €“ ersetzt.

60. Die Tabelle im § 85 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe							
	M BO 1		M BO 2		M BUO 1		M BUO 2	
	S	€	S	€	S	€	S	€
1	22 903	1 664,4	--	--	--	--	16 092	1 169,5
2	22 903	1 664,4	--	--	--	--	16 374	1 189,9
3	22 903	1 664,4	20 480	1 488,3	18 113	1 316,3	16 654	1 210,3
4	23 719	1 723,7	20 480	1 488,3	18 113	1 316,3	16 936	1 230,8
5	24 528	1 782,5	20 935	1 521,4	18 472	1 342,4	17 216	1 251,1
6	25 703	1 867,9	21 393	1 554,7	18 831	1 368,5	17 496	1 271,5
7	27 677	2 011,4	22 436	1 630,5	19 190	1 394,6	17 800	1 293,6
8	29 657	2 155,3	23 478	1 706,2	19 729	1 433,8	18 105	1 315,7
9	31 636	2 299,1	24 520	1 781,9	20 269	1 473,0	18 408	1 337,8
10	33 610	2 442,5	26 168	1 901,7	20 815	1 512,7	18 711	1 359,8
11	35 585	2 586,1	27 813	2 021,2	21 363	1 552,5	19 014	1 381,8
12	37 563	2 729,8	28 571	2 076,3	21 912	1 592,4	19 318	1 403,9
13	39 540	2 873,5	29 685	2 157,3	22 556	1 639,2	19 621	1 425,9
14	41 518	3 017,2	31 180	2 265,9	23 201	1 686,1	19 982	1 452,1
15	43 494	3 160,8	32 059	2 329,8	23 999	1 744,1	20 341	1 478,2
16	45 473	3 304,7	33 030	2 400,4	24 795	1 801,9	21 152	1 537,2
17	47 447	3 448,1	34 068	2 475,8	25 630	1 862,6	21 964	1 596,2
18	49 435	3 592,6	35 106	2 551,3	26 467	1 923,4	22 778	1 655,3
19	52 178	3 791,9	37 594	2 732,1	27 308	1 984,5	23 079	1 677,2

61. § 87 Abs. 2 lautet:

„(2) Das Fixgehalt beträgt für Berufsmilitärpersonen

1. in der Funktionsgruppe 7

a) für die ersten fünf Jahre 88 354 S /6 420,9 €,

b) ab dem sechsten Jahr 93 692 S /6 808,9 €,

2. in der Funktionsgruppe 8

a) für die ersten fünf Jahre 94 682 S /6 880,8 €,

b) ab dem sechsten Jahr 100 020 S /7 268,7 €,

3. in der Funktionsgruppe 9

a) für die ersten fünf Jahre 100 020 S /7 268,7 €,

b) ab dem sechsten Jahr 107 439 S /7 807,9 €“

62. Die Tabelle im § 89 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

- 12 -

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe									
	M ZO 1		M ZO 2		M ZUO 1		M ZUO 2		M ZCh	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	22 903	1 664,4	--	--	--	--	16 092	1 169,5	14 724	1 070,0
2	22 903	1 664,4	20 028	1 455,5	--	--	16 374	1 189,9	14 903	1 083,0
3	22 903	1 664,4	20 480	1 488,3	18 113	1 316,3	16 654	1 210,3	15 084	1 096,2
4	23 719	1 723,7	20 480	1 488,3	18 113	1 316,3	16 936	1 230,8	15 265	1 109,4
5	24 528	1 782,5	20 935	1 521,4	18 472	1 342,4	17 216	1 251,1	15 445	1 122,4
6	25 703	1 867,9	21 393	1 554,7	18 831	1 368,5	17 496	1 271,5	15 626	1 135,6
7	27 677	2 011,4	22 436	1 630,5	19 190	1 394,6	17 800	1 293,6	15 806	1 148,7
8	29 657	2 155,3	23 478	1 706,2	19 729	1 433,8	18 105	1 315,7	15 988	1 161,9
9	31 636	2 299,1	24 520	1 781,9	20 269	1 473,0	18 408	1 337,8	16 168	1 175,0
10	33 610	2 442,5	26 168	1 901,7	20 815	1 512,7	18 711	1 359,8	16 348	1 188,1
11	35 585	2 586,1	27 813	2 021,2	21 363	1 552,5	19 014	1 381,8	16 529	1 201,2
12	37 563	2 729,8	28 571	2 076,3	21 912	1 592,4	19 318	1 403,9	16 710	1 214,4

63. Die Tabelle im § 91 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Ver- wendungs- gruppe	in der Funktions- gruppe	in der Funktionsstufe							
		1		2		3		4	
		S	€	S	€	S	€	S	€
M BO 1 und M ZO 1	1	570	41,4	1 711	124,3	3 195	232,2	3 651	265,3
	2	2 852	207,3	4 563	331,6	10 269	746,3	17 114	1 243,7
	3	3 082	224,0	5 646	410,3	12 369	898,9	20 470	1 487,6
	4	3 285	238,7	7 188	522,4	13 459	978,1	21 589	1 568,9
	5	7 552	548,8	13 267	964,2	23 687	1 721,4	32 271	2 345,2
	6	9 100	661,3	15 332	1 114,2	25 959	1 886,5	34 335	2 495,2
M BO 2 und M ZO 2	1	684	49,7	799	58,1	912	66,3	1 028	74,7
	2	799	58,1	1 028	74,7	1 255	91,2	1 711	124,3
	3	1 940	141,0	2 738	199,0	3 993	290,2	7 987	580,4
	4	2 509	182,3	3 424	248,8	5 477	398,0	10 838	787,6
	5	2 738	199,0	3 651	265,3	5 933	431,2	11 637	845,7
	6	3 424	248,8	4 563	331,6	7 987	580,4	13 463	978,4
	7	3 993	290,2	5 134	373,1	8 556	621,8	14 832	1 077,9
	8	8 047	584,8	10 731	779,9	16 096	1 169,7	22 535	1 637,7
	9	8 584	623,8	11 804	857,8	17 704	1 286,6	26 826	1 949,5
M BUO 1 und M ZUO 1	1	342	24,9	457	33,2	570	41,4	684	49,7
	2	570	41,4	742	53,9	912	66,3	1 142	83,0
	3	912	66,3	1 369	99,5	2 282	165,8	3 993	290,2
	4	1 255	91,2	1 711	124,3	2 852	207,3	4 563	331,6
	5	1 711	124,3	2 282	165,8	3 424	248,8	5 134	373,1
	6	2 282	165,8	2 852	207,3	3 993	290,2	5 705	414,6
	7	2 852	207,3	3 424	248,8	4 791	348,2	6 275	456,0
M BUO 2 und M ZUO 2	1	342	24,9	457	33,2	570	41,4	684	49,7
	2	912	66,3	1 369	99,5	1 813	131,8	2 687	195,3

64. Im § 98 Abs. 2 wird in Z 1 der Betrag „1 085 S“ durch den Betrag „1 085 S /78,9 €“ und in Z 2 der Betrag „549 S“ durch den Betrag „549 S /39,9 €“ ersetzt.

65. § 101 Abs. 2 Z 2 bis 6 lautet:

„2. als Wart mit Grundbefähigung 768 S /55,8 €,

3. als Wart I. Klasse mit Grundbefähigung 2 085 S /151,5 €,

4. als Prüf- und Werkmeister mit Grundbefähigung 3 293 S /239,3 €,

5. im leitenden militärluftfahrttechnischen Dienst der Verwendungsgruppen M BO 2 oder M ZO 2 2 525 S /183,5 € und

6. im leitenden militärluftfahrttechnischen Dienst der Verwendungsgruppen M BO 1 oder M ZO 1 1 866 S /135,6 €.“

- 13 -

66. Die Tabelle im § 103 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe									
	PT 9		PT 8		PT 7		PT 6		PT 5	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	14 743	1 071,4	15 350	1 115,5	15 492	1 125,8	15 987	1 161,8	15 987	1 161,8
2	14 865	1 080,3	15 499	1 126,4	15 690	1 140,2	16 158	1 174,2	16 158	1 174,2
3	14 992	1 089,5	15 675	1 139,1	15 911	1 156,3	16 385	1 190,7	17 180	1 248,5
4	15 128	1 099,4	15 877	1 153,8	16 160	1 174,4	16 672	1 211,6	17 233	1 252,4
5	15 274	1 110,0	16 108	1 170,6	16 435	1 194,4	17 009	1 236,1	17 390	1 263,8
6	15 423	1 120,8	16 365	1 189,3	16 737	1 216,3	17 408	1 265,1	17 652	1 282,8
7	15 582	1 132,4	16 647	1 209,8	17 066	1 240,2	17 868	1 298,5	18 032	1 310,4
8	15 748	1 144,5	16 960	1 232,5	17 421	1 266,0	18 402	1 337,3	18 517	1 345,7
9	15 920	1 157,0	17 298	1 257,1	17 810	1 294,3	18 992	1 380,2	19 113	1 389,0
10	16 102	1 170,2	17 661	1 283,5	18 233	1 325,0	19 641	1 427,4	19 814	1 439,9
11	16 291	1 183,9	18 067	1 313,0	18 685	1 357,9	20 349	1 478,8	20 623	1 498,7
12	16 487	1 198,2	18 503	1 344,7	19 164	1 392,7	21 118	1 534,7	21 541	1 565,4
13	16 691	1 213,0	18 968	1 378,5	19 672	1 429,6	21 942	1 594,6	22 567	1 640,0
14	16 901	1 228,2	19 459	1 414,1	20 206	1 468,4	22 827	1 658,9	23 701	1 722,4
15	17 121	1 244,2	19 979	1 451,9	20 765	1 509,1	23 772	1 727,6	24 941	1 812,5
16	17 348	1 260,7	20 527	1 491,8	21 355	1 551,9	24 774	1 800,4	26 291	1 910,6
17	17 582	1 277,7	21 101	1 533,5	21 971	1 596,7	25 836	1 877,6	27 745	2 016,3

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe							
	PT 4		PT 3		PT 2		PT 1	
	S	€	S	€	S	€	S	€
1	17 986	1 307,1	17 986	1 307,1	17 986	1 307,1	21 733	1 579,4
2	18 367	1 334,8	18 367	1 334,8	18 367	1 334,8	21 733	1 579,4
3	18 823	1 367,9	18 823	1 367,9	18 823	1 367,9	21 733	1 579,4
4	19 354	1 406,5	19 366	1 407,4	19 366	1 407,4	22 853	1 660,8
5	19 955	1 450,2	19 997	1 453,2	20 473	1 487,8	24 040	1 747,1
6	20 624	1 498,8	20 712	1 505,2	21 203	1 540,9	25 293	1 838,1
7	21 360	1 552,3	21 519	1 563,8	22 045	1 602,1	26 618	1 934,4
8	22 164	1 610,7	22 408	1 628,5	22 993	1 671,0	28 007	2 035,3
9	23 036	1 674,1	23 385	1 699,5	24 055	1 748,1	29 463	2 141,2
10	23 978	1 742,5	24 446	1 776,6	25 227	1 833,3	30 985	2 251,8
11	24 983	1 815,6	25 599	1 860,4	26 509	1 926,5	32 579	2 367,6
12	26 058	1 893,7	26 841	1 950,6	27 901	2 027,6	34 234	2 487,9
13	27 198	1 976,6	28 166	2 046,9	29 406	2 137,0	35 961	2 613,4
14	28 406	2 064,3	29 573	2 149,2	31 019	2 254,2	37 756	2 743,8
15	29 682	2 157,1	31 071	2 258,0	32 746	2 379,7	39 613	2 878,8
16	31 029	2 255,0	32 657	2 373,3	34 585	2 513,4	41 540	3 018,8
17	32 440	2 357,5	34 328	2 494,7	36 530	2 654,7	43 536	3 163,9

67. Im § 103 Abs. 3 wird der Betrag „2 981 S“ durch den Betrag „2 981 S /216,6 €“ und der Betrag „3 249 S“ durch den Betrag „3 249 S /236,1 €“ ersetzt.

68. Im § 103 Abs. 5 wird in Z 1 der Betrag „98 991 S“ durch den Betrag „98 991 S /7 194,0 €“ und in Z 2 der Betrag „94 025 S“ durch den Betrag „94 025 S /6 833,1 €“ ersetzt.

- 14 -

69. Die Tabelle im § 105 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

auf Arbeitsplätzen der Verwendungsgruppe	in der Dienstzulagen- gruppe	in den Gehaltsstufen				ab der Gehaltsstufe	
		1 bis 10		11 bis 14		15	
		S	€	S	€	S	€
PT 1	S	13 935	1 012,7	26 606	1 933,5	42 570	3 093,7
	1	12 273	891,9	15 341	1 114,9	27 614	2 006,8
	1b	9 205	669,0	15 341	1 114,9	27 614	2 006,8
	2	9 205	669,0	12 273	891,9	24 543	1 783,6
	3	8 437	613,1	11 506	836,2	15 341	1 114,9
	3b	7 668	557,3	10 739	780,4	15 341	1 114,9
PT 2	S	12 630	917,9	17 930	1 303,0	22 285	1 619,5
	1	7 668	557,3	10 739	780,4	13 040	947,7
	1b	1 535	111,6	6 903	501,7	13 040	947,7
	2	3 069	223,0	6 903	501,7	9 205	669,0
	2b	1 074	78,1	3 069	223,0	9 205	669,0
	3	1 535	111,6	3 069	223,0	6 137	446,0
	3b	1 074	78,1	3 069	223,0	6 137	446,0
PT 3	1	1 535	111,6	3 069	223,0	4 603	334,5
	1b	1 074	78,1	3 069	223,0	4 603	334,5
	2	1 074	78,1	2 147	156,0	3 221	234,1
	3	766	55,7	1 227	89,2	1 686	122,5
PT 4	1	686	49,9	997	72,5	1 456	105,8
PT 5	1	306	22,2	460	33,4	616	44,8

70. Die Tabelle im § 105 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

auf Arbeitsplätzen der Verwendungsgruppe	in der Dienst- zulagen- gruppe	für die Verwendung als (im)	S	€
PT 5	A		919	66,8
	B		2 044	148,5
PT 7	A	Dienst des Facharbeiters als Vorarbeiter, der im einschlägigen Lehrberuf verwen- det wird und mit der Überwachung der Tätigkeit anderer Arbeiter beauftragt ist	460	33,4
	B	Omnibuslenkerdienst	2 239	162,7
PT 8	A	Omnibuslenkerdienst	2 239	162,7
	B	Landzustelldienst, Codierer bei automatischen Verteilanlagen, Bediener elektronischer Abfertigungsstraßen im PTA-Informationsservice	460	33,4

- 15 -

71. Die Tabelle im § 109 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe											
	K 6		K 5		K 4		K 3		K 2		K 1	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	16 611	1 207,2	18 067	1 313,0	18 586	1 350,7	21 648	1 573,2	19 718	1 433,0	21 961	1 596,0
2	16 911	1 229,0	18 536	1 347,1	19 072	1 386,0	22 226	1 615,2	20 272	1 473,2	22 594	1 642,0
3	17 208	1 250,6	19 009	1 381,4	19 560	1 421,5	22 808	1 657,5	20 836	1 514,2	23 225	1 687,8
4	17 511	1 272,6	19 481	1 415,7	20 046	1 456,8	23 387	1 699,6	21 400	1 555,2	23 857	1 733,8
5	17 812	1 294,4	19 952	1 450,0	20 538	1 492,6	23 968	1 741,8	21 966	1 596,3	24 489	1 779,7
6	18 118	1 316,7	20 427	1 484,5	21 029	1 528,2	24 548	1 784,0	23 128	1 680,8	25 793	1 874,5
7	18 429	1 339,3	20 905	1 519,2	21 523	1 564,1	25 129	1 826,2	24 292	1 765,4	27 095	1 969,1
8	18 829	1 368,4	21 521	1 564,0	22 157	1 610,2	25 874	1 880,3	25 457	1 850,0	28 400	2 063,9
9	19 229	1 397,4	22 137	1 608,8	22 792	1 656,4	26 620	1 934,6	26 620	1 934,6	29 705	2 158,7
10	19 628	1 426,4	22 753	1 653,5	23 427	1 702,5	27 366	1 988,8	27 785	2 019,2	31 006	2 253,3
11	20 029	1 455,6	23 369	1 698,3	24 062	1 748,7	28 113	2 043,1	28 948	2 103,7	32 309	2 348,0
12	20 431	1 484,8	23 984	1 743,0	24 699	1 794,9	28 856	2 097,0	30 113	2 188,4	33 614	2 442,8
13	20 836	1 514,2	24 600	1 787,8	25 331	1 840,9	29 602	2 151,3	31 277	2 273,0	34 916	2 537,4
14	21 241	1 543,6	25 370	1 843,7	26 128	1 898,8	30 535	2 219,1	32 439	2 357,4	36 219	2 632,1
15	21 648	1 573,2	26 139	1 899,6	26 919	1 956,3	31 470	2 287,0	33 606	2 442,2	37 526	2 727,1
16	22 052	1 602,6	26 911	1 955,7	27 714	2 014,1	32 402	2 354,7	34 767	2 526,6	38 829	2 821,8
17	22 460	1 632,2	27 679	2 011,5	28 506	2 071,6	33 334	2 422,5	35 932	2 611,3	40 132	2 916,5
18	22 864	1 661,6	28 450	2 067,5	29 301	2 129,4	34 267	2 490,3	37 096	2 695,9	41 435	3 011,2
19	23 269	1 691,0	29 220	2 123,5	30 093	2 186,9	35 198	2 557,9	38 259	2 780,4	42 739	3 106,0
20	23 676	1 720,6	29 987	2 179,2	30 886	2 244,6	36 130	2 625,7	39 423	2 865,0	44 041	3 200,6

72. § 111 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Pflegedienst-Chargenzulage beträgt monatlich

1. für Stationsschwestern (Stationspfleger) und Stationsassistenten 2 285 S / 166,1 €
2. für Oberschwestern (Oberpfleger), Lehrerinnen (Lehrer) für Gesundheits- und Krankenpflege, Lehrhebammen und Medizinisch-technische Oberassistentinnen (Medizinisch-technische Oberassistenten) 2 940 S / 213,7 €
3. für Oberinnen (Pflegevorsteher), Direktorinnen (Direktoren) einer Schule für Gesundheits- und Krankenpflege, und Leitende medizinisch-technische Oberassistentinnen (Leitende medizinisch-technische Oberassistenten) 3 592 S / 261,0 €“

73. Im § 112 Abs. 1 wird in Z 1 der Betrag „1 687 S“ durch den Betrag „1 687 S / 122,6 €“ und in Z 2 der Betrag „1 918 S“ durch den Betrag „1 918 S / 139,4 €“ ersetzt.

74. § 114 Abs. 2 Z 1 bis 6 lautet:

1. Beamte der Allgemeinen Verwaltung, Wachebeamte und Berufsoffiziere
 - a) in den Verwendungsgruppen E und D

in der Verwendungsgruppe E, Dienstklasse III			in der Verwendungsgruppe D Dienstklasse III		
die Gehaltsstufe	Schilling	Euro	die Gehaltsstufe	Schilling	Euro
19	16 138	1 172,8	18	19 493	1 416,6
20	16 309	1 185,2	19	20 363	1 479,8

- b) in den Verwendungsgruppen A, H 1, B, W 1, H 2, C und W 2

in der Dienst- klasse	die Gehaltsstufe					
	10		9		7	
	S	€	S	€	S	€
IV	26 523	1 927,5	--	--	--	--
V	32 078	2 331,2	--	--	--	--
VI	40 342	2 931,8	--	--	--	--
VII	56 790	4 127,1	--	--	--	--
VIII	--	--	75 861	5 513	--	--
IX	--	--	--	--	91 124	6 622,2

2. Beamte in handwerklicher Verwendung

die Gehalts- stufe	in der Dienstklasse									
	IV		III							
	in der Verwendungsgruppe									
	P 1		P 2		P 3		P 4		P 5	
S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	
10	26 523	1 927,5	--	--	--	--	--	--	--	--
18	--	--	20 040	1 456	19 493	1 416,6	--	--	--	--
19	--	--	20 724	1 506	20 363	1 479,8	17 288	1 256,4	16 138	1 172,8
20	--	--	--	--	--	--	17 510	1 272,5	16 309	1 185,2

3. Universitäts(Hochschul)professoren

in der Gehalts- stufe	für			
	für Außerordentliche Universitätsprofessoren		Ordentliche Universitäts- (Hochschul)professoren	
	S	€	S	€
11	--	--	75 732	5 503,7
16	68 154	4 952,9	--	--

4. Lehrer

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe															
	L3		L 2b 1		L 2b 2		L 2b 3		L 2a 1		L 2a 2		L 1		L PA	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
18	26 962	1 959,4	33 400	2 427,3	36 085	2 622,4	36 753	2 670,9	38 956	2 831,0	44 726	3 250,4	--	--	--	--
19	27 985	2 033,7	34 706	2 522,2	37 467	2 722,8	38 136	2 771,5	40 370	2 933,8	46 496	3 379,0	54 925	3 991,6	62 545	4 545,3
20	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	57 666	4 190,8	65 433	4 755,2

5. Beamte des Schulaufsichtsdienstes

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe			
	S 2		S 1	
	S	€	S	€
11	57 029	4 144,5	69 916	5 081,0

6. Beamte des Post- und Fernmeldewesens

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe									
	PT 9		PT 8		PT 7		PT 6		PT 5	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
18	17 821	1 295,1	21 678	1 575,4	22 588	1 641,5	26 898	1 954,8	29 200	2 122,0
19	18 065	1 312,8	22 255	1 617,3	23 207	1 686,5	--	--	--	--

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe							
	PT 4		PT 3		PT 2		PT 1	
	S	€	S	€	S	€	S	€
18	33 852	2 460,1	35 999	2 616,1	38 479	2 796,4	45 529	3 308,7
19	--	--	--	--	--	--	--	--

75. Im § 114 Abs. 3 wird der Betrag „3 874 S“ durch den Betrag „3 874 S /281,5 €“ ersetzt.

76. Im § 115 Abs. 1 wird der Betrag „512 S“ durch den Betrag „512 S /37,2 €“ ersetzt.

- 17 -

77. Die Tabelle im § 117a Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe									
	PF 9		PF 8		PF 7		PF 6		PF 5	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	15 043	1 093,2	15 650	1 137,3	15 792	1 147,6	16 287	1 183,6	16 287	1 183,6
2	15 165	1 102,1	15 799	1 148,2	15 990	1 162,0	16 458	1 196,0	16 458	1 196,0
3	15 292	1 111,3	15 975	1 160,9	16 211	1 178,1	16 685	1 212,5	17 480	1 270,3
4	15 428	1 121,2	16 177	1 175,6	16 460	1 196,2	16 972	1 233,4	17 533	1 274,2
5	15 574	1 131,8	16 408	1 192,4	16 735	1 216,2	17 309	1 257,9	17 690	1 285,6
6	15 723	1 142,6	16 665	1 211,1	17 037	1 238,1	17 708	1 286,9	17 952	1 304,6
7	15 882	1 154,2	16 947	1 231,6	17 366	1 262,0	18 168	1 320,3	18 332	1 332,2
8	16 048	1 166,3	17 260	1 254,3	17 721	1 287,8	18 702	1 359,1	18 817	1 367,5
9	16 220	1 178,8	17 598	1 278,9	18 110	1 316,1	19 292	1 402,0	19 413	1 410,8
10	16 402	1 192,0	17 961	1 305,3	18 533	1 346,8	19 941	1 449,2	20 114	1 461,7
11	16 591	1 205,7	18 367	1 334,8	18 985	1 379,7	20 654	1 501,0	20 932	1 521,2
12	16 787	1 220,0	18 803	1 366,5	19 464	1 414,5	21 435	1 557,7	21 864	1 588,9
13	16 991	1 234,8	19 268	1 400,3	19 972	1 451,4	22 271	1 618,5	22 906	1 664,6
14	17 201	1 250,0	19 759	1 435,9	20 509	1 490,4	23 169	1 683,8	24 057	1 748,3
15	17 421	1 266,0	20 279	1 473,7	21 076	1 531,7	24 129	1 753,5	25 315	1 839,7
16	17 648	1 282,5	20 835	1 514,1	21 675	1 575,2	25 146	1 827,4	26 685	1 939,3
17	17 882	1 299,5	21 418	1 556,5	22 301	1 620,7	26 224	1 905,8	28 161	2 046,5

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe							
	PF 4		PF 3		PF 2		PF 1	
	S	€	S	€	S	€	S	€
1	18 286	1 328,9	18 286	1 328,9	18 286	1 328,9	22 059	1 603,1
2	18 667	1 356,6	18 667	1 356,6	18 667	1 356,6	22 059	1 603,1
3	19 123	1 389,7	19 123	1 389,7	19 123	1 389,7	22 059	1 603,1
4	19 654	1 428,3	19 666	1 429,2	19 666	1 429,2	23 196	1 685,7
5	20 255	1 472,0	20 297	1 475,0	20 780	1 510,1	24 401	1 773,3
6	20 933	1 521,3	21 023	1 527,8	21 521	1 564,0	25 672	1 865,7
7	21 680	1 575,5	21 842	1 587,3	22 376	1 626,1	27 017	1 963,4
8	22 496	1 634,8	22 744	1 652,9	23 338	1 696,0	28 427	2 065,9
9	23 382	1 699,2	23 736	1 725,0	24 416	1 774,4	29 905	2 173,3
10	24 338	1 768,7	24 813	1 803,2	25 605	1 860,8	31 450	2 285,6
11	25 358	1 842,8	25 983	1 888,3	26 907	1 955,4	33 068	2 403,1
12	26 449	1 922,1	27 244	1 979,9	28 320	2 058,1	34 748	2 525,2
13	27 606	2 006,2	28 588	2 077,6	29 847	2 169,1	36 500	2 652,6
14	28 832	2 095,3	30 017	2 181,4	31 484	2 288,0	38 322	2 785,0
15	30 127	2 189,4	31 537	2 291,9	33 237	2 415,4	40 207	2 922,0
16	31 494	2 288,8	33 147	2 408,9	35 104	2 551,1	42 163	3 064,1
17	32 927	2 392,9	34 843	2 532,1	37 078	2 694,6	44 189	3 211,3

- 18 -

78. Die Tabelle im § 117c Abs. 1 erhält folgende Fassung:

auf Arbeitsplätzen der Verwendungsgruppe	in der Funktions- gruppe	in den Gehaltsstufen				ab der Gehaltsstufe	
		1 bis 10		11 bis 14		15	
		S	€	S	€	S	€
PF 1	S	13 303	966,8	25 398	1 845,7	40 639	2 953,4
	1b	8 787	638,6	14 644	1 064,2	26 360	1 915,7
	2	8 787	638,6	11 717	851,5	23 428	1 702,6
	3	8 054	585,3	10 983	798,2	14 644	1 064,2
PF 2	S	12 819	931,6	18 199	1 322,6	22 619	1 643,8
	1	7 783	565,6	10 900	792,1	13 236	961,9
	1b	1 558	113,2	7 007	509,2	13 236	961,9
	2	3 115	226,4	7 007	509,2	9 343	679,0
	2b	1 090	79,2	3 115	226,4	9 343	679,0
	3	1 558	113,2	3 115	226,4	6 229	452,7
	3b	1 090	79,2	3 115	226,4	6 229	452,7
PF 3	1	1 558	113,2	3 115	226,4	4 672	339,5
	1b	1 090	79,2	3 115	226,4	4 672	339,5
	2	1 090	79,2	2 179	158,4	3 269	237,6
	3	777	56,5	1 245	90,5	1 711	124,3
PF 4	1	696	50,6	1 012	73,5	1 478	107,4
PF 5	1	311	22,6	467	33,9	625	45,4

79. Im § 117c Abs. 3 wird der Betrag „933 S“ durch den Betrag „933 S /67,8 €“ ersetzt.

80. Die Tabelle im § 118 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe									
	E		D		C		B		A	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	13 055	948,7	13 676	993,9	14 300	1 039,2	16 170	1 175,1	20 419	1 483,9
2	13 228	961,3	13 957	1 014,3	14 674	1 066,4	16 635	1 208,9	--	--
3	13 400	973,8	14 238	1 034,7	15 046	1 093,4	17 103	1 242,9	--	--
4	13 570	986,2	14 519	1 055,1	15 422	1 120,8	17 568	1 276,7	--	--
5	13 739	998,5	14 800	1 075,6	15 795	1 147,9	18 039	1 310,9	--	--
6	13 911	1 011,0	15 077	1 095,7	16 170	1 175,1	18 538	1 347,2	--	--
7	14 083	1 023,5	15 359	1 116,2	16 541	1 202,1	19 053	1 384,6	--	--
8	14 254	1 035,9	15 638	1 136,5	16 915	1 229,3	--	--	--	--
9	14 425	1 048,3	15 920	1 157,0	17 287	1 256,3	--	--	--	--
10	14 598	1 060,9	16 199	1 177,2	17 662	1 283,5	--	--	--	--
11	14 769	1 073,3	16 480	1 197,6	18 039	1 310,9	--	--	--	--
12	14 940	1 085,7	16 759	1 217,9	18 438	1 339,9	--	--	--	--
13	15 109	1 098,0	17 038	1 238,2	--	--	--	--	--	--
14	15 282	1 110,6	17 319	1 258,6	--	--	--	--	--	--
15	15 453	1 123,0	17 602	1 279,2	--	--	--	--	--	--
16	15 626	1 135,6	17 882	1 299,5	--	--	--	--	--	--
17	15 795	1 147,9	18 665	1 356,4	--	--	--	--	--	--
18	15 967	1 160,4	--	--	--	--	--	--	--	--

- 19 -

81. Die Tabelle im § 118 Abs. 4 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe									
	P 1		P 2		P 3		P 4		P 5	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	14 300	1 039,2	13 990	1 016,7	13 676	993,9	13 366	971,3	13 055	948,7
2	14 674	1 066,4	14 300	1 039,2	13 957	1 014,3	13 586	987,3	13 228	961,3
3	15 046	1 093,4	14 612	1 061,9	14 238	1 034,7	13 802	1 003,0	13 400	973,8
4	15 422	1 120,8	14 924	1 084,6	14 519	1 055,1	14 020	1 018,9	13 570	986,2
5	15 795	1 147,9	15 236	1 107,2	14 800	1 075,6	14 238	1 034,7	13 739	998,5
6	16 170	1 175,1	15 547	1 129,8	15 077	1 095,7	14 455	1 050,5	13 911	1 011,0
7	16 541	1 202,1	15 855	1 152,2	15 359	1 116,2	14 674	1 066,4	14 083	1 023,5
8	16 915	1 229,3	16 170	1 175,1	15 638	1 136,5	14 893	1 082,3	14 254	1 035,9
9	17 287	1 256,3	16 480	1 197,6	15 920	1 157,0	15 109	1 098,0	14 425	1 048,3
10	17 662	1 283,5	16 791	1 220,2	16 199	1 177,2	15 328	1 113,9	14 598	1 060,9
11	18 039	1 310,9	17 103	1 242,9	16 480	1 197,6	15 547	1 129,8	14 769	1 073,3
12	18 438	1 339,9	17 415	1 265,6	16 759	1 217,9	15 764	1 145,6	14 940	1 085,7
13	18 845	1 369,5	17 727	1 288,3	17 038	1 238,2	15 983	1 161,5	15 109	1 098,0
14	19 267	1 400,2	18 039	1 310,9	17 319	1 258,6	16 199	1 177,2	15 282	1 110,6
15	--	--	18 370	1 335,0	17 602	1 279,2	16 419	1 193,2	15 453	1 123,0
16	--	--	18 709	1 359,6	17 882	1 299,5	16 635	1 208,9	15 626	1 135,6
17	--	--	19 370	1 407,7	18 665	1 356,4	16 854	1 224,8	15 795	1 147,9
18	--	--	--	--	--	--	17 073	1 240,7	15 967	1 160,4

82. Die Tabelle im § 118 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Dienstklasse											
	IV		V		VI		VII		VIII		IX	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	□	S	€
1	--	--	--	--	29 170	2 119,9	35 517	2 581,1	47 920	3 482,5	68 233	4 958,7
2	--	--	24 765	1 799,7	30 050	2 183,8	36 670	2 664,9	50 448	3 666,2	72 049	5 236,0
3	19 493	1 416,6	25 648	1 863,9	30 925	2 247,4	37 817	2 748,3	52 975	3 849,8	75 861	5 513,0
4	20 363	1 479,8	26 523	1 927,5	32 078	2 331,2	40 342	2 931,8	56 790	4 127,1	79 681	5 790,6
5	21 242	1 543,7	27 406	1 991,7	33 227	2 414,7	42 869	3 115,4	60 601	4 404,0	83 495	6 067,8
6	22 122	1 607,7	28 287	2 055,7	34 372	2 497,9	45 398	3 299,2	64 415	4 681,2	87 307	6 344,8
7	23 003	1 671,7	29 170	2 119,9	35 517	2 581,1	47 920	3 482,5	68 233	4 958,7	--	--
8	23 888	1 736,0	30 050	2 183,8	36 670	2 664,9	50 448	3 666,2	72 049	5 236,0	--	--
9	24 765	1 799,7	30 925	2 247,4	37 817	2 748,3	52 975	3 849,8	--	--	--	--

83. Im § 120 Abs. 1 wird der Betrag „1 693 S“ durch den Betrag „1 693 S/123,0 €“ und der Betrag „2 152 S“ durch den Betrag „2 152 S/156,4 €“ ersetzt.

84. § 123 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Pflegedienstzulage beträgt monatlich

1. für Beamte der Sanitätshilfsdienste 584 S/42,4 €,
2. für Beamte der medizinisch-technischen Dienste 1 532 S/111,3 €,
3. für Beamte des Krankenpflegefachdienstes und für Hebammen
 - a) bis zur Gehaltsstufe 9 der Dienstklasse III 1 532 S/111,3 €,
 - b) ab der Gehaltsstufe 10 der Dienstklasse III 1 839 S/133,6 €.“

85. § 124 Abs. 2 lautet:

„(2) Die Pflegedienst-Chargenzulage beträgt monatlich

1. für Stationspfleger und Stationsschwester 2 285 S/166,1 €,
2. für Oberpfleger und Oberschwester sowie für Lehrer und Lehrerinnen für Gesundheits- und Krankenpflege 2 940 S/213,7 €,
3. für Pflegevorsteher und Oberinnen sowie Direktoren und Direktorinnen einer Schule für Gesundheits- und Krankenpflege 3 592 S/261,0 €.“

86. Im § 130 wird der Betrag „809 S“ durch den Betrag „809 S/58,8 €“ ersetzt.

87. Im § 131 Abs. 1 wird der Betrag „2 452 S“ durch den Betrag „2 452 S/178,2 €“ ersetzt.

88. Im § 131 Abs. 2 Z 1 wird der Betrag „549 S“ durch den Betrag „549 S/39,9 €“ ersetzt.

89. § 140 Abs. 1 lautet:

- 20 -

„(1) Dem Wachebeamten gebührt eine ruhegenussfähige Dienstzulage. Sie beträgt während der Dauer des provisorischen Dienstverhältnisses 329 S /23,9 € und im definitiven Dienstverhältnis

in der Verwendungsgruppe W 2				
in der	in der Dienstzulagenstufe			
	1		2	
	S	€	S	€
Grundstufe	682	49,6	1 216	88,4
Dienst- a)	1 448	105,2	2 072	150,6
stufe 1 b)	1 833	133,2	2 622	190,5
Dienststufe 2	2 622	190,5	3 238	235,3
Dienststufe 3	3 861	280,6	4 620	335,7

in der Verwendungsgruppe W 1			
in den Dienstklassen	bei Führung eines Amtstitels, der einem der nachstehend angeführten Amtstitel vergleichbar ist	Dienstzulage	
		S	€
III	Leutnant	1 546	112,4
und	Oberleutnant	1 816	132,0
IV	Hauptmann	2 362	171,7
ab der Dienstklasse V		2 586	187,9

90. Im § 140 Abs. 3 wird der Betrag „1 448 S“ durch den Betrag „1 448 S /105,2 €“ ersetzt.

91. Im § 141 werden ersetzt:

a) der Betrag „1 162 S“ durch den Betrag „1 162 S /84,4 €“ und

b) der Betrag „1 379 S“ durch den Betrag „1 379 S /100,2 €“.

92. Im § 142 Abs. 1 wird der Betrag „654 S“ durch den Betrag „654 S /47,5 €“ ersetzt.

93. Die Tabelle im § 143 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Verwendungsgruppe	S	€
W 2	947	68,8
W 1	1 085	78,9

94. Die Tabelle im § 150 erhält folgende Fassung:

in der Verwendungsgruppe W 1			
in den Dienstklassen	bei Führung eines Amtstitels oder einer Verwendungsbezeichnung, der oder die einem der nachstehend angeführten Verwendungsbezeichnungen vergleichbar ist	Dienstzulage	
		S	€
III	Fähnrich	918	66,7
und	Leutnant	1 147	83,4
IV	Oberleutnant	1 375	99,9
	Hauptmann	1 601	116,3
ab der Dienstklasse V		1 788	129,9

95. Im § 151 Abs. 1 werden ersetzt:

a) in Z 1 der Betrag „1 306 S“ durch den Betrag „1 306 S /94,9 €“,

b) in Z 2 der Betrag „984 S“ durch den Betrag „984 S /71,5 €“ und

c) in Z 3 der Betrag „655 S“ durch den Betrag „655 S /47,6 €“.

96. Im § 152 Abs. 1 wird der Betrag „1 085 S“ durch den Betrag „1 085 S /78,9 €“ ersetzt.

97. Im § 153 Abs. 2 wird in Z 1 der Betrag „2 525 S“ durch den Betrag „2 525 S /183,5 €“ und in Z 2 der Betrag „1 866 S“ durch den Betrag „1 866 S /135,6 €“ ersetzt.

- 21 -

98. Die Tabelle im § 158 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Gehaltsgruppe					
	I		II		III	
	S	€	S	€	S	€
1	25 868	1 879,9	--	--	--	--
2	28 658	2 082,7	--	--	--	--
3	31 451	2 285,6	--	--	--	--
4	34 244	2 488,6	--	--	--	--
5	37 036	2 691,5	--	--	--	--
6	39 829	2 894,5	--	--	--	--
7	42 625	3 097,7	--	--	--	--
8	44 456	3 230,7	46 798	3 400,9	--	--
9	47 110	3 423,6	49 589	3 603,8	50 243	3 651,3
10	49 766	3 616,6	52 383	3 806,8	53 035	3 854,2
11	52 425	3 809,9	55 177	4 009,9	58 623	4 260,3
12	55 079	4 002,7	57 970	4 212,8	67 002	4 869,2
13	57 732	4 195,5	60 759	4 415,5	69 794	5 072,1
14	60 526	4 398,6	66 344	4 821,4	72 588	5 275,2
15	63 318	4 601,5	71 929	5 227,3	75 378	5 477,9
16	66 113	4 804,6	74 724	5 430,4	78 172	5 681,0

99. Im § 159 wird der Betrag „4 262 S“ durch den Betrag „4 262 S /309,7 €“ ersetzt.

100. § 161 Abs. 1 lautet:

„(1) Eine Leistungsstrukturzulage gebührt im nachgenannten Ausmaß:

1. den Staatsanwälten der Gehaltsgruppe I

in den Gehaltsstufen 6 bis 10	1 300 S /94,5 €
in der Gehaltsstufe 11	1 197 S /87,0 €
in der Gehaltsstufe 12	1 092 S /79,4 €
in der Gehaltsstufe 13	989 S /71,9 €
in der Gehaltsstufe 14	884 S /64,2 €
in der Gehaltsstufe 15	781 S /56,8 €
in der Gehaltsstufe 16	676 S /49,1 €

2. den Staatsanwälten der Gehaltsgruppe II

in den Gehaltsstufen 10 bis 13	937 S /68,1 €
in der Gehaltsstufe 14	832 S /60,5 €
in der Gehaltsstufe 15	729 S /53,0 €
in der Gehaltsstufe 16	624 S /45,3 €

101. Die Tabelle im § 165 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Verwendungsgruppe			
	I		II	
	S	€	S	€
1	34 206	2 485,8	43 982	3 196,3
2	35 832	2 604,0	46 249	3 361,0
3	37 457	2 722,1	48 518	3 525,9
4	39 080	2 840,1	50 787	3 690,8
5	40 704	2 958,1	53 054	3 855,6
6	43 426	3 155,9	55 324	4 020,6
7	46 144	3 353,4	57 591	4 185,3
8	48 862	3 550,9	60 361	4 386,6
9	51 586	3 748,9	63 543	4 617,8
10	54 306	3 946,6	66 733	4 849,7

102. Im § 165 Abs. 3 wird der Betrag „1 562 S“ durch den Betrag „1 562 S /113,5 €“ und der Betrag „3 125 S“ durch den Betrag „3 125 S /227,1 €“ ersetzt.

103. Im § 165 Abs. 4 wird der Betrag „1 833 S“ durch den Betrag „1 833 S /133,2 €“ ersetzt.

104. Dem § 175 wird folgender Abs. 38 angefügt:

„(38) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten in Kraft:

1. § 16 Abs. 1, 2, 5 und 6, § 17 Abs. 5 und 6, § 28 Abs. 1, § 30 Abs. 1, § 31 Abs. 2, § 40a Abs. 1, § 40b Abs. 2 Z 1 bis 6, § 40c Abs. 1, § 42 Abs. 1, § 44, § 45, § 48 Abs. 1, § 48a Abs. 1, § 50 Abs. 4, § 51 Abs. 2 und 11, § 51a Abs. 2, 11 und 16, § 52 Abs. 1, 3 und 4, § 53 Abs. 4 und 6, § 53b Abs. 1, § 55 Abs. 1, § 56 Abs. 2, § 57 Abs. 2, § 58 Abs. 4 und 6, § 59 Abs. 2, § 59a Abs. 1, 2, 2a, 3 und 5a Z 2, § 59b Abs. 1, 2, 3, 4, 5 und 6, § 60 Abs. 1, 3 und 4, § 60a Abs. 2, § 62a Abs. 2, 3 und 5, § 63b Abs. 1 und 5, § 65 Abs. 1, § 72 Abs. 1, § 74 Abs. 1, § 81 Abs. 2, § 83 Abs. 1, § 85 Abs. 1, § 87 Abs. 2, § 89 Abs. 1, § 91 Abs. 1, § 98 Abs. 2, § 101 Abs. 2 Z 2 bis 6, § 103 Abs. 2, 3 und 5, § 105 Abs. 1 und 4, § 109 Abs. 1, § 111 Abs. 2, § 112 Abs. 1, § 114 Abs. 2 Z 1 bis 6 und Abs. 3, § 115 Abs. 1, § 117a Abs. 2, § 117c Abs. 1 und 3, § 118 Abs. 3, 4 und 5, § 120 Abs. 1, § 123 Abs. 2, § 124 Abs. 2, § 130, § 131 Abs. 1 und 2 Z 1, § 140 Abs. 1 und 3, § 141, § 142 Abs. 1, § 143 Abs. 1, § 150, § 151 Abs. 1, § 152 Abs. 1, § 153 Abs. 2, § 158 Abs. 2, § 159, § 161 Abs. 1 und § 165 Abs. 1, 3 und 4 mit 1. Jänner 2001,

2. § 15 Abs. 3 Z 4, § 21 Abs. 1 Z 1 mit 1. Jänner 2002.

Sind Betragsansätze sowohl in Schilling als auch in Euro angeführt, gelten die Schillingbeträge für die Zeit bis zum Ablauf des 31. Dezember 2001, die Eurobeträge für die Zeit ab dem 1. Jänner 2002.“

105. Im Art. II Abs. 1 der 28. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 396/1975, werden der Betrag „1 800 S“ durch den Betrag „1 800 S/130,8 €“ und der Betrag „1 000 S“ durch den Betrag „1 000 S/72,7 €“ ersetzt. Die Schillingbeträge gelten für die Zeit bis zum Ablauf des 31. Dezember 2001, die Eurobeträge für die Zeit ab dem 1. Jänner 2002.

106. Im Art. III Abs. 4 Z 4 der 28. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 396/1975, wird das Wort „Schillingbetrag“ mit Wirkung vom 1. Jänner 2002 durch das Wort „Eurobetrag“ ersetzt.

107. Artikel IV der 31. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 662/1977, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 127/1999, wird wie folgt geändert:

a) Die Tabelle im Abs. 3 erhält folgende Fassung:

Gehalts- stufe	Gehalt	
	S	€
2	22 397	1 627,7
3	22 397	1 627,7
4	22 397	1 627,7
5	22 397	1 627,7
6	23 977	1 742,5
7	27 125	1 971,3
8	28 706	2 086,1
9	30 285	2 200,9
10	31 858	2 315,2
11	33 440	2 430,2
12	35 014	2 544,6
13	36 593	2 659,3
14	38 170	2 773,9
15	39 745	2 888,4
16	40 437	2 938,7
17	41 120	2 988,3
18 1. und 2. Jahr	41 801	3 037,8
18 ab 3. Jahr	42 489	3 087,8

b) Dem Art. IV wird folgender Abs. 10 angefügt:

„(10) Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 tritt mit 1. Jänner 2001 in Kraft. Die Schillingbeträge gelten für die Zeit bis zum Ablauf des 31. Dezember 2001, die Eurobeträge für die Zeit ab dem 1. Jänner 2002.“

108. Dem Art. XII Abs. 3 der 47. Gehaltsgesetz-Novelle, BGBl. Nr. 288/1988, wird folgender Satz angefügt:
„An die Stelle des Schillingbetrages tritt für die Zeit ab 1. Jänner 2002 der entsprechende Eurobetrag.“

- 23 -

Artikel 3 Änderung des Vertragsbedienstetengesetzes 1948

Das Vertragsbedienstetengesetz 1948, BGBl. Nr. 86, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 94/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2c Abs. 2 werden ersetzt:

a) in Z 1 der Betrag „7 269 S“ durch den Betrag „7 569 S / 550,1 €“ und

b) in Z 2 der Betrag „8 952 S“ durch den Betrag „8 952 S / 650,6 €“.

2. Die Tabelle im § 11 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungs- stufe	in der Entlohnungsgruppe									
	a		b		c		d		e	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	21 350	1 551,6	16 713	1 214,6	14 699	1 068,2	14 053	1 021,3	13 408	974,4
2	21 888	1 590,7	17 141	1 245,7	15 069	1 095,1	14 340	1 042,1	13 570	986,2
3	22 429	1 630,0	17 569	1 276,8	15 438	1 121,9	14 627	1 063,0	13 731	997,9
4	22 972	1 669,4	18 003	1 308,3	15 806	1 148,7	14 915	1 083,9	13 893	1 009,6
5	23 515	1 708,9	18 461	1 341,6	16 175	1 175,5	15 200	1 104,6	14 053	1 021,3
6	24 057	1 748,3	18 929	1 375,6	16 544	1 202,3	15 486	1 125,4	14 217	1 033,2
7	24 977	1 815,1	19 418	1 411,2	16 914	1 229,2	15 773	1 146,3	14 378	1 044,9
8	25 908	1 882,8	19 904	1 446,5	17 283	1 256,0	16 058	1 167,0	14 541	1 056,7
9	26 833	1 950,0	20 594	1 496,6	17 651	1 282,7	16 346	1 187,9	14 700	1 068,3
10	27 754	2 017,0	21 297	1 547,7	18 024	1 309,9	16 633	1 208,8	14 865	1 080,3
11	28 678	2 084,1	22 218	1 614,6	18 417	1 338,4	16 919	1 229,6	15 026	1 092,0
12	29 597	2 150,9	23 144	1 681,9	18 818	1 367,6	17 203	1 250,2	15 189	1 103,8
13	30 523	2 218,2	24 066	1 748,9	19 232	1 397,6	17 490	1 271,0	15 349	1 115,5
14	31 448	2 285,4	24 985	1 815,7	19 651	1 428,1	17 779	1 292,1	15 510	1 127,2
15	32 370	2 352,4	25 911	1 883,0	20 072	1 458,7	18 071	1 313,3	15 673	1 139,0
16	33 577	2 440,1	26 835	1 950,2	20 496	1 489,5	18 374	1 335,3	15 835	1 150,8
17	34 782	2 527,7	27 763	2 017,6	20 923	1 520,5	18 684	1 357,8	15 997	1 162,5
18	35 988	2 615,3	28 683	2 084,5	21 350	1 551,6	18 999	1 380,7	16 160	1 174,4
19	37 195	2 703,1	29 612	2 152,0	21 774	1 582,4	19 328	1 404,6	16 321	1 186,1

3. Die Tabelle im § 14 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungs- stufe	in der Entlohnungsgruppe									
	p 1		p 2		p 3		p 4		p 5	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	14 780	1 074,1	14 455	1 050,5	14 130	1 026,9	13 804	1 003,2	13 477	979,4
2	15 152	1 101,1	14 776	1 073,8	14 418	1 047,8	14 030	1 019,6	13 642	991,4
3	15 525	1 128,2	15 096	1 097,1	14 704	1 068,6	14 255	1 036,0	13 805	1 003,2
4	15 897	1 155,3	15 414	1 120,2	14 994	1 089,7	14 481	1 052,4	13 971	1 015,3
5	16 271	1 182,5	15 732	1 143,3	15 283	1 110,7	14 704	1 068,6	14 133	1 027,1
6	16 640	1 209,3	16 052	1 166,5	15 573	1 131,7	14 930	1 085,0	14 295	1 038,9
7	17 016	1 236,6	16 371	1 189,7	15 856	1 152,3	15 157	1 101,5	14 458	1 050,7
8	17 387	1 263,6	16 687	1 212,7	16 145	1 173,3	15 383	1 117,9	14 624	1 062,8
9	17 758	1 290,5	17 008	1 236,0	16 434	1 194,3	15 607	1 134,2	14 784	1 074,4
10	18 136	1 318,0	17 329	1 259,3	16 723	1 215,3	15 835	1 150,8	14 948	1 086,3
11	18 537	1 347,1	17 648	1 282,5	17 012	1 236,3	16 060	1 167,1	15 112	1 098,2
12	18 941	1 376,5	17 968	1 305,8	17 300	1 257,2	16 287	1 183,6	15 279	1 110,4
13	19 365	1 407,3	18 303	1 330,1	17 585	1 278,0	16 511	1 199,9	15 440	1 122,1
14	19 791	1 438,3	18 654	1 355,6	17 875	1 299,0	16 736	1 216,3	15 603	1 133,9
15	20 213	1 468,9	18 999	1 380,7	18 171	1 320,5	16 965	1 232,9	15 769	1 146,0
16	20 645	1 500,3	19 362	1 407,1	18 478	1 342,8	17 190	1 249,2	15 928	1 157,5
17	21 071	1 531,3	19 728	1 433,7	18 794	1 365,8	17 416	1 265,7	16 094	1 169,6
18	21 501	1 562,5	20 088	1 459,9	19 114	1 389,1	17 642	1 282,1	16 256	1 181,4
19	21 932	1 593,9	20 455	1 486,5	19 445	1 413,1	17 867	1 298,4	16 421	1 193,4

4. Im § 22 Abs. 2 wird in der Tabelle der Betrag „1 693 S“ durch den Betrag „1 693 S / 123,0 €“ und der Betrag „2 152 S“ durch den Betrag „2 152 S / 156,4 €“ ersetzt.

- 24 -

5. Die Tabelle im § 41 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe															
	I pa		I 1		I 2a 2		I 2a 1		I 2b 3		I 2b 2		I 2b 1		I 3	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	26 022	1 891,1	23 459	1 704,8	21 288	1 547,1	19 865	1 443,6	20 063	1 458,0	19 364	1 407,2	18 086	1 314,4	16 156	1 174,1
2	26 022	1 891,1	24 238	1 761,4	21 946	1 594,9	20 472	1 487,8	20 365	1 480,0	19 664	1 429,0	18 433	1 339,6	16 448	1 195,3
3	26 022	1 891,1	25 024	1 818,6	22 602	1 642,6	21 083	1 532,2	20 671	1 502,2	19 967	1 451,1	18 800	1 366,2	16 735	1 216,2
4	28 276	2 054,9	25 902	1 882,4	23 261	1 690,4	21 696	1 576,7	20 977	1 524,5	20 269	1 473,0	19 167	1 392,9	17 026	1 237,3
5	30 540	2 219,4	27 797	2 020,1	23 916	1 738,0	22 308	1 621,2	21 285	1 546,8	20 577	1 495,4	19 550	1 420,8	17 316	1 258,4
6	32 801	2 383,7	29 786	2 164,6	25 265	1 836,1	23 558	1 712,0	22 510	1 635,9	21 805	1 584,6	20 540	1 492,7	17 765	1 291,0
7	35 056	2 547,6	31 778	2 309,4	26 885	1 953,8	24 849	1 805,8	23 737	1 725,0	23 034	1 673,9	21 548	1 566,0	18 466	1 342,0
8	37 313	2 711,6	33 700	2 449,1	28 498	2 071,0	26 140	1 899,7	24 965	1 814,3	24 256	1 762,8	22 555	1 639,1	19 210	1 396,0
9	39 582	2 876,5	35 689	2 593,6	30 359	2 206,3	27 624	2 007,5	26 191	1 903,4	25 485	1 852,1	23 553	1 711,7	19 968	1 451,1
10	41 856	3 041,8	37 732	2 742,1	32 221	2 341,6	29 114	2 115,8	27 420	1 992,7	26 712	1 941,2	24 558	1 784,7	20 739	1 507,2
11	44 134	3 207,3	39 540	2 873,5	34 106	2 478,6	30 622	2 225,4	28 642	2 081,5	27 939	2 030,4	25 558	1 857,4	21 520	1 563,9
12	46 420	3 373,5	41 518	3 017,2	35 986	2 615,2	32 118	2 334,1	30 111	2 188,3	29 408	2 137,2	26 944	1 958,1	22 287	1 619,7
13	48 697	3 538,9	43 494	3 160,8	37 861	2 751,5	33 629	2 443,9	31 576	2 294,7	30 871	2 243,5	28 331	2 058,9	23 067	1 676,3
14	50 975	3 704,5	45 473	3 304,7	39 741	2 888,1	35 135	2 553,4	33 049	2 401,8	32 340	2 350,2	29 712	2 159,3	23 851	1 733,3
15	53 260	3 870,6	47 447	3 448,1	41 620	3 024,6	36 636	2 662,4	34 513	2 508,2	33 808	2 456,9	31 097	2 259,9	24 919	1 810,9
16	56 435	4 101,3	49 366	3 587,6	43 287	3 145,8	37 948	2 757,8	35 801	2 601,8	35 096	2 550,5	32 319	2 348,7	25 992	1 888,9
17	59 459	4 321,1	51 865	3 769,2	45 044	3 273,5	39 342	2 859,1	37 156	2 700,2	36 456	2 649,4	33 598	2 441,7	27 058	1 966,4
18	62 483	4 540,8	51 865	3 769,2	46 913	3 409,3	40 830	2 967,2	38 608	2 805,8	37 910	2 755,0	34 964	2 540,9	28 127	2 044,1
19	65 498	4 759,9	55 610	4 041,3	48 621	3 533,4	42 180	3 065,3	39 923	2 901,3	39 226	2 850,7	36 209	2 631,4	29 193	2 121,5

6. Die Tabelle im § 44 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsgruppe	für Unterrichtsgegenstände der Lehrverpflichtungsgruppe	für jede Jahreswochenstunde	
		S	€
I pa		23 748	1 725,8
I 1	I	18 132	1 317,7
	II	17 172	1 247,9
	III	16 320	1 186,0
	IV	14 184	1 030,8
	IV a	14 844	1 078,8
	IV b	15 180	1 103,2
	V	13 596	988,1
I 2a 2		11 964	869,5
I 2a 1		11 160	811,0
I 2b 3		10 644	773,5
I 2b 2		10 284	747,4
I 2b 1		9 780	710,7
I 3		9 228	670,6

7. Im § 44a Abs. 2 werden ersetzt:

- a) der Betrag „653,10 S“ durch den Betrag „653,10 S / 47,5 €“,
b) der Betrag „196,20 S“ durch den Betrag „196,20 S / 14,3 €“,
c) der Betrag „237,10 S“ durch den Betrag „237,10 S / 17,2 €“ und
d) der Betrag „71,20 S“ durch den Betrag „71,20 S / 5,2 €“.

8. Im § 44a Abs. 3 und 4 werden ersetzt:

- a) in Abs. 3 und Abs. 4 Z 1 und 2 der Betrag „437,10 S“ durch den Betrag „437,10 S / 31,8 €“,
b) in Abs. 3 und Abs. 4 Z 3 der Betrag „800,40 S“ durch den Betrag „800,40 S / 58,2 €“ und
c) in Abs. 4 Z 4 der Betrag „359,20 S“ durch den Betrag „359,20 S / 26,1 €“.

9. Im § 44a Abs. 5 werden ersetzt:

- a) der Betrag „286,00 S“ durch den Betrag „286,00 S / 20,8 €“,
b) der Betrag „237,10 S“ durch den Betrag „237,10 S / 17,2 €“,
c) der Betrag „86,00 S“ durch den Betrag „86,00 S / 6,2 €“ und
d) der Betrag „71,20 S“ durch den Betrag „71,20 S / 5,2 €“.

10. Im § 44a Abs. 6 wird der Betrag „486,40 S“ durch den Betrag „486,40 S / 35,3 €“ ersetzt.

- 25 -

11. Im § 44a Abs. 7 wird der Betrag „103,50 S“ durch den Betrag „103,50 S /7,5 €“ ersetzt.

12. Im § 44a Abs. 8 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „474,30 S“ durch den Betrag „474,30 S /34,5 €“,
 b) in Z 2 der Betrag „719,90 S“ durch den Betrag „719,90 S /52,3 €“ und
 c) in Z 3 der Betrag „987,90 S“ durch den Betrag „987,90 S /71,8 €“.

13. Im § 44a Abs. 9 wird der Betrag „834,80 S“ durch den Betrag „834,80 S /60,7 €“ ersetzt.

14. Im § 44b werden ersetzt:

- a) in Abs. 1 Z 1 und Abs. 2 Z 1 der Betrag „7 804 S“ durch den Betrag „7 804 S /567,1 €“,
 b) in Abs. 1 Z 2 und Abs. 2 Z 2 der Betrag „9 753 S“ durch den Betrag „9 753 S /708,8 €“,
 c) in Abs. 1 Z 3 der Betrag „11 717 S“ durch den Betrag „11 717 S /851,5 €“ und
 d) in Abs. 2 Z 3 der Betrag „10 776 S“ durch den Betrag „10 776 S /783,1 €“.

15. Im § 44c Abs. 1 werden ersetzt:

- a) der Betrag „46 732 S“ durch den Betrag „46 732 S /3 396,1 €“,
 b) der Betrag „41 280 S“ durch den Betrag „41 280 S /2 999,9 €“,
 c) der Betrag „34 315“ durch den Betrag „34 315 S /2 493,8 €“ und
 d) der Betrag „25 775 S“ durch den Betrag „25 775 S /1 873,1 €“.

16. Die Tabelle im § 54 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungs- stufe	S	€
1	23 459	1 704,8
2	24 238	1 761,4
3	25 024	1 818,6
4	25 902	1 882,4
5	27 797	2 020,1
6	29 786	2 164,6
7	31 778	2 309,4
8	33 700	2 449,1
9	35 689	2 593,6
10	37 732	2 742,1
11	39 540	2 873,5
12	41 518	3 017,2
13	43 494	3 160,8
14	45 473	3 304,7
15	47 447	3 448,1
16	49 366	3 587,6
17	51 865	3 769,2
18	51 865	3 769,2
19	55 610	4 041,3

17. § 54e Abs. 1 letzter Satz lautet: "Die Vergütung beträgt 4 060 S /295,1€."

18. Die Tabelle im § 56 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	S	€
1	25 576	1 858,7
2	26 355	1 915,3
3	27 141	1 972,4
4	32 899	2 390,9
5	34 856	2 533,1
6	36 812	2 675,2
7	38 828	2 821,7
8	40 753	2 961,6
9	42 646	3 099,2
10	44 622	3 242,8
11	46 601	3 386,6
12	48 577	3 530,2
13	50 524	3 671,7
14	52 733	3 832,3
15	55 855	4 059,1
16	59 600	4 331,3
17	63 344	4 603,4
18	63 344	4 603,4
19	67 088	4 875,5

19. § 56e Abs. 1 letzter Satz lautet: "Die Vergütung beträgt 4 060 S /295,1€."

20. Im § 58 Abs. 1 werden der Betrag „560 000 S“ durch den Betrag „560 000 S/40 696,8€“ und der Betrag „1 120 000 €“ durch den Betrag „1 120 000 S/81 393,6€“ ersetzt.

21. Die Tabelle im § 61 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe											
	k6		k5		k4		k3		k2		k1	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	16 978	1 233,8	18 487	1 343,5	19 017	1 382,0	22 158	1 610,3	20 175	1 466,2	22 481	1 633,8
2	17 285	1 256,1	18 966	1 378,3	19 515	1 418,2	22 753	1 653,5	20 751	1 508,0	23 129	1 680,8
3	17 591	1 278,4	19 450	1 413,5	20 016	1 454,6	23 348	1 696,8	21 329	1 550,0	23 776	1 727,9
4	17 900	1 300,8	19 935	1 448,7	20 517	1 491,0	23 942	1 739,9	21 907	1 592,0	24 423	1 774,9
5	18 218	1 324,0	20 420	1 484,0	21 023	1 527,8	24 537	1 783,2	22 486	1 634,1	25 069	1 821,8
6	18 538	1 347,2	20 910	1 519,6	21 528	1 564,5	25 131	1 826,3	23 677	1 720,7	26 406	1 919,0
7	18 858	1 370,5	21 400	1 555,2	22 036	1 601,4	25 725	1 869,5	24 871	1 807,4	27 741	2 016,0
8	19 267	1 400,2	22 033	1 601,2	22 684	1 648,5	26 489	1 925,0	26 062	1 894,0	29 077	2 113,1
9	19 677	1 430,0	22 662	1 646,9	23 335	1 695,8	27 255	1 980,7	27 255	1 980,7	30 411	2 210,1
10	20 087	1 459,8	23 294	1 692,8	23 983	1 742,9	28 017	2 036,1	28 446	2 067,3	31 746	2 307,1
11	20 499	1 489,7	23 924	1 738,6	24 634	1 790,2	28 783	2 091,7	29 638	2 153,9	33 082	2 404,2
12	20 914	1 519,9	24 554	1 784,4	25 286	1 837,6	29 545	2 147,1	30 832	2 240,6	34 417	2 501,2
13	21 329	1 550,0	25 184	1 830,2	25 933	1 884,6	30 309	2 202,6	32 024	2 327,3	35 751	2 598,1
14	21 744	1 580,2	25 972	1 887,5	26 747	1 943,8	31 263	2 272,0	33 214	2 413,8	36 948	2 685,1
15	22 158	1 610,3	26 764	1 945,0	27 559	2 002,8	32 220	2 341,5	34 407	2 500,5	38 084	2 767,7
16	22 574	1 640,5	27 550	2 002,1	28 374	2 062,0	33 175	2 410,9	35 599	2 587,1	39 219	2 850,2
17	22 993	1 671,0	28 338	2 059,4	29 186	2 121,0	34 130	2 480,3	36 697	2 666,9	40 354	2 932,6
18	23 407	1 701,1	29 127	2 116,7	29 999	2 180,1	35 086	2 549,8	37 709	2 740,4	41 491	3 015,3
19	23 821	1 731,1	29 916	2 174,1	30 810	2 239,1	36 039	2 619,1	38 723	2 814,1	42 739	3 106,0
20	24 237	1 761,4	30 703	2 231,3	31 622	2 298,1	36 870	2 679,4	39 737	2 887,8	44 041	3 200,6
21	24 654	1 791,7	31 489	2 288,4	32 435	2 357,1	37 700	2 739,8	40 751	2 961,5	45 344	3 295,3
22	25 279	1 837,1	32 672	2 374,4	33 656	2 445,9	38 947	2 830,4	42 273	3 072,1	47 300	3 437,4

- 27 -

22. Die Tabelle im § 71 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe									
	v1		v2		v3		v4		v5	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	25 187	1 830,4	19 334	1 405,1	17 213	1 250,9	15 931	1 157,8	15 114	1 098,4
2	25 187	1 830,4	19 785	1 437,8	17 418	1 265,8	16 229	1 179,4	15 297	1 111,7
3	25 187	1 830,4	20 288	1 474,4	17 930	1 303,0	16 520	1 200,6	15 479	1 124,9
4	26 610	1 933,8	21 328	1 550,0	18 289	1 329,1	16 812	1 221,8	15 662	1 138,2
5	28 090	2 041,4	22 369	1 625,6	18 648	1 355,2	17 103	1 242,9	15 844	1 151,4
6	30 067	2 185,1	23 409	1 701,2	19 006	1 381,2	17 395	1 264,1	16 027	1 164,7
7	31 627	2 298,4	24 428	1 775,3	19 365	1 407,3	17 686	1 285,3	16 209	1 178,0
8	33 292	2 419,4	25 519	1 854,5	19 724	1 433,4	17 978	1 306,5	16 391	1 191,2
9	35 028	2 545,6	26 078	1 895,2	20 083	1 459,5	18 269	1 327,7	16 540	1 202,0
10	36 102	2 623,6	26 637	1 935,8	20 443	1 485,7	18 561	1 348,9	16 689	1 212,8
11	37 089	2 695,4	27 196	1 976,4	20 808	1 512,2	18 853	1 370,1	16 837	1 223,6
12	37 651	2 736,2	27 754	2 017,0	21 172	1 538,6	19 144	1 391,2	16 986	1 234,4
13	38 213	2 777,0	28 312	2 057,5	21 536	1 565,1	19 436	1 412,5	17 135	1 245,2
14	38 775	2 817,9	28 873	2 098,3	21 900	1 591,5	19 727	1 433,6	17 283	1 256,0
15	39 336	2 858,7	29 431	2 138,8	22 264	1 618,0	20 019	1 454,8	17 432	1 266,8
16	39 899	2 899,6	29 990	2 179,5	22 628	1 644,4	20 310	1 476,0	17 580	1 277,6
17	40 460	2 940,3	30 548	2 220,0	22 993	1 671,0	20 607	1 497,6	17 729	1 288,4
18	41 022	2 981,2	31 108	2 260,7	23 356	1 697,3	20 902	1 519,0	17 878	1 299,2
19	41 584	3 022,0	31 666	2 301,3	23 721	1 723,9	21 224	1 542,4	18 026	1 310,0
20	42 146	3 062,9	32 225	2 341,9	24 085	1 750,3	21 536	1 565,1	18 175	1 320,8
21	42 707	3 103,6	32 252	2 343,8	24 449	1 776,8	22 160	1 610,4	18 324	1 331,7

23. Die Tabelle im § 71 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe									
	h1		h2		h3		h4		h5	
	S	€	S	€	S	€	S	€	S	€
1	17 331	1 259,5	16 454	1 195,8	16 041	1 165,7	15 629	1 135,8	15 218	1 105,9
2	17 537	1 274,5	16 753	1 217,5	16 340	1 187,5	15 871	1 153,4	15 401	1 119,2
3	18 053	1 312,0	17 046	1 238,8	16 633	1 208,8	16 110	1 170,8	15 586	1 132,7
4	18 415	1 338,3	17 340	1 260,1	16 928	1 230,2	16 348	1 188,1	15 769	1 146,0
5	18 776	1 364,5	17 634	1 281,5	17 221	1 251,5	16 587	1 205,4	15 953	1 159,3
6	19 137	1 390,7	17 927	1 302,8	17 515	1 272,9	16 825	1 222,7	16 136	1 172,6
7	19 498	1 417,0	18 221	1 324,2	17 808	1 294,2	17 064	1 240,1	16 321	1 186,1
8	19 860	1 443,3	18 514	1 345,5	18 101	1 315,5	17 303	1 257,5	16 504	1 199,4
9	20 221	1 469,5	18 808	1 366,8	18 395	1 336,8	17 524	1 273,5	16 654	1 210,3
10	20 587	1 496,1	19 102	1 388,2	18 689	1 358,2	17 747	1 289,7	16 804	1 221,2
11	20 954	1 522,8	19 396	1 409,6	18 983	1 379,5	17 968	1 305,8	16 953	1 232,0
12	21 319	1 549,3	19 689	1 430,9	19 276	1 400,8	18 189	1 321,8	17 103	1 242,9
13	21 686	1 576,0	19 982	1 452,1	19 570	1 422,2	18 411	1 338,0	17 252	1 253,8
14	22 053	1 602,7	20 322	1 476,9	19 863	1 443,5	18 632	1 354,0	17 402	1 264,7
15	22 420	1 629,3	20 673	1 502,4	20 156	1 464,8	18 855	1 370,2	17 552	1 275,6
16	22 787	1 656,0	21 041	1 529,1	20 452	1 486,3	19 076	1 386,3	17 701	1 286,4
17	23 153	1 682,6	21 412	1 556,1	20 751	1 508,0	19 297	1 402,4	17 851	1 297,3
18	23 520	1 709,3	21 778	1 582,7	21 049	1 529,7	19 519	1 418,5	18 001	1 308,2
19	23 887	1 735,9	22 148	1 609,6	21 373	1 553,2	19 753	1 435,5	18 150	1 319,0
20	24 253	1 762,5	22 516	1 636,3	21 686	1 576,0	19 983	1 452,2	18 300	1 329,9
21	24 621	1 789,3	22 886	1 663,2	22 315	1 621,7	20 368	1 480,2	18 450	1 340,8

24. Die Tabelle im § 72 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe							
	v1		v2		v3		v4	
	S	€	S	€	S	€	S	€
1	23 929	1 739,0	18 383	1 335,9	16 367	1 189,4	15 150	1 101,0
2	23 929	1 739,0	18 812	1 367,1	16 562	1 203,6	15 432	1 121,5
3	23 929	1 739,0	19 288	1 401,7	17 049	1 239,0	15 709	1 141,6
4	25 280	1 837,2	20 262	1 472,5	17 390	1 263,8	15 986	1 161,7
5	26 685	1 939,3	21 250	1 544,3	17 730	1 288,5	16 263	1 181,9
6	28 563	2 075,8	22 238	1 616,1	18 071	1 313,3	16 540	1 202,0
7	30 046	2 183,5	23 207	1 686,5	18 412	1 338,1	16 817	1 222,1
8	31 627	2 298,4	24 244	1 761,9	18 753	1 362,8	17 094	1 242,3
9	33 277	2 418,3	24 774	1 800,4	19 093	1 387,5	17 371	1 262,4
10	34 296	2 492,4	25 305	1 839,0	19 435	1 412,4	17 648	1 282,5
11	35 236	2 560,7	25 836	1 877,6	19 775	1 437,1	17 925	1 302,7
12	35 770	2 599,5	26 367	1 916,2	20 116	1 461,9	18 202	1 322,8
13	36 302	2 638,2	26 898	1 954,8	20 459	1 486,8	18 478	1 342,8
14	36 836	2 677,0	27 428	1 993,3	20 805	1 512,0	18 756	1 363,1
15	37 370	2 715,8	27 959	2 031,9	21 151	1 537,1	19 033	1 383,2
16	37 904	2 754,6	28 490	2 070,4	21 498	1 562,3	19 310	1 403,3
17	38 438	2 793,4	29 021	2 109,0	21 843	1 587,4	19 586	1 423,4
18	38 971	2 832,1	29 552	2 147,6	22 189	1 612,5	19 864	1 443,6
19	39 505	2 870,9	30 083	2 186,2	22 535	1 637,7	20 165	1 465,4
20	40 039	2 909,7	30 613	2 224,7	22 881	1 662,8	20 459	1 486,8
21	40 573	2 948,6	30 639	2 226,6	23 226	1 687,9	21 052	1 529,9

25. Die Tabelle im § 72 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Entlohnungsstufe	in der Entlohnungsgruppe					
	h1		h2		h3	
	S	€	S	€	S	€
1	16 480	1 197,6	15 646	1 137,0	15 254	1 108,6
2	16 675	1 211,8	15 930	1 157,7	15 538	1 129,2
3	17 165	1 247,4	16 209	1 178,0	15 816	1 149,4
4	17 509	1 272,4	16 488	1 198,2	16 096	1 169,7
5	17 852	1 297,4	16 767	1 218,5	16 375	1 190,0
6	18 195	1 322,3	17 045	1 238,7	16 654	1 210,3
7	18 539	1 347,3	17 325	1 259,1	16 933	1 230,6
8	18 882	1 372,2	17 604	1 279,3	17 211	1 250,8
9	19 225	1 397,1	17 883	1 299,6	17 490	1 271,0
10	19 568	1 422,1	18 162	1 319,9	17 769	1 291,3
11	19 911	1 447,0	18 440	1 340,1	18 048	1 311,6
12	20 255	1 472,0	18 719	1 360,4	18 327	1 331,9
13	20 602	1 497,2	18 998	1 380,6	18 607	1 352,2
14	20 950	1 522,5	19 321	1 404,1	18 885	1 372,4
15	21 299	1 547,9	19 648	1 427,9	19 164	1 392,7
16	21 647	1 573,1	19 993	1 452,9	19 443	1 413,0
17	21 996	1 598,5	20 342	1 478,3	19 722	1 433,3
18	22 344	1 623,8	20 689	1 503,5	20 001	1 453,5
19	22 692	1 649,1	21 041	1 529,1	20 304	1 475,5
20	23 041	1 674,5	21 390	1 554,5	20 602	1 497,2
21	23 389	1 699,7	21 742	1 580,1	21 199	1 540,6

- 29 -

26. Die Tabelle im § 73 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Bewertungsstufe	S	€
v1/2	4 817	350,1
v1/3	6 034	438,5
v1/4	14 565	1 058,5
v2/2	521	37,9
v2/3	2 705	196,6
v2/4	3 953	287,3
v2/5	5 202	378,0
v2/6	10 092	733,4
v3/2, h1/2	385	28,0
v3/3, h1/3	1 353	98,3
v3/4, h1/4	2 393	173,9
v3/5	3 537	257,0
v4/2, h2/2	416	30,2
v4/3, h2/3	989	71,9

27. § 74 Abs. 2 lautet:

- „(2) Das fixe Monatsentgelt beträgt für Vertragsbedienstete
1. in der Bewertungsgruppe v1/5
 - a) für die ersten fünf Jahre 83 521 S / 6 069,7 €,
 - b) ab dem sechsten Jahr 88 232 S / 6 412,1 €,
 2. in der Bewertungsgruppe v1/6
 - a) für die ersten fünf Jahre 89 107 S / 6 475,7 €,
 - b) ab dem sechsten Jahr 93 817 S / 6 817,9 €,
 3. in der Bewertungsgruppe v1/7
 - a) für die ersten fünf Jahre 93 817 S / 6 817,9 €,
 - b) ab dem sechsten Jahr 100 364 S / 7 293,7 €.“

28. Dem § 100 wird folgender Abs. 29 angefügt:

„(29) § 2c Abs. 2, § 11 Abs. 1, § 14 Abs. 1, § 22 Abs. 2, § 41 Abs. 1, § 44, § 44a Abs. 2 bis 9, § 44b Abs. 1 und 2, § 44c Abs. 1, § 54, § 54e Abs. 1, § 56, § 56e Abs. 1, § 58 Abs. 1, § 61 Abs. 1, § 71 Abs. 1 und 2, § 72 Abs. 1 und 2, § 73 Abs. 2 und § 74 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten mit 1. Jänner 2001 in Kraft. Sind Betragsansätze sowohl in Schilling als auch in Euro angeführt, gelten die Schillingbeträge für die Zeit bis zum Ablauf des 31. Dezember 2001, die Eurobeträge für die Zeit ab dem 1. Jänner 2002.“

Artikel 4

Änderung des Pensionsgesetzes 1965

Das Pensionsgesetz 1965, BGBl. Nr. 340, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. Dem § 58 wird folgender Abs. 36 angefügt:

„(36) § 60 Abs. 5 und § 62h Abs. 3 und 4 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

2. § 60 Abs. 5 lautet:

„(5) Ruhegenussfähige Zulagen, auf die ein Beamter am 13. März 1938 aufgrund des § 14 des Gehaltsgesetzes 1927, BGBl. Nr. 105/1928, Anspruch hatte, gebühren ihm mit der Maßgabe weiter, dass die Schillingbeträge als Schillingbeträge im Sinne des Schillinggesetzes, StGBI. Nr. 231/1945, und ab 1. Jänner 2003 als entsprechende Eurobeträge gelten.“

3. Im § 62h Abs. 3 und 4 wird der Betrag „28 000 S“ jeweils durch den Betrag „2 034,8 €“ ersetzt.

4. Im § 62h Abs. 4 wird der Betrag „7 000 S“ durch den Betrag „508,7 €“ ersetzt.

Artikel 5

Änderung des Nebengebührenzulagengesetzes

Das Nebengebührenzulagengesetz, BGBl. Nr. 485/1971, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 9 Abs. 1 in der bis zum 31. Dezember 2002 geltenden Fassung wird der Betrag „100 S“ durch den Betrag „7,3 €“ ersetzt.

2. Im § 9 in der ab 1. Jänner 2003 geltenden Fassung wird der Betrag „100 S“ durch den Betrag „7,3 €“ ersetzt.

3. Dem § 19 wird folgender Abs. 21 angefügt:

„(21) Es treten in Kraft:

1. § 9 Abs. 1 in der Fassung des Art. 5 Z 1 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 mit 1. Jänner 2002,
2. § 9 in der Fassung des Art. 5 Z 2 des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 mit 1. Jänner 2003.“

Artikel 6 Änderung des Bundestheaterpensionsgesetzes

Das Bundestheaterpensionsgesetz, BGBl. Nr. 159/1958, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 5 Abs. 10 in der bis zum 31. Dezember 2002 geltenden Fassung wird der Betrag „66.385 S“ jeweils durch den Betrag „4 824,4 €“ ersetzt.
2. Im § 6a Abs. 3 wird der Betrag „892 S“ durch den Betrag „64,8 €“ ersetzt.
3. Im § 18f Abs. 3 und 4 wird der Betrag „28 000 S“ jeweils durch den Betrag „2 034,8 €“ ersetzt.
4. Im § 18f Abs. 4 wird der Betrag „7 000 S“ durch den Betrag „508,7 €“ ersetzt.
5. Im § 18g Abs. 4 werden ersetzt:
 - a) in Z 1 der Betrag „25 000 S“ durch den Betrag „1 816,8 €“,
 - b) in Z 2 der Betrag „50 000 S“ durch den Betrag „3 633,6 €“.
6. Dem § 22 wird folgender Abs. 19 angefügt:

„(19) § 5 Abs. 10, § 6a Abs. 3, § 18f Abs. 3 und 4 und § 18g Abs. 4 Z 1 und 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 7 Änderung der Reisegebührenvorschrift 1955

Die Reisegebührenvorschrift 1955, BGBl. Nr. 133, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 94/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 3 Abs. 5 wird das Wort „Schillingbeträgen“ durch den Ausdruck „Schilling- oder Eurobeträgen“ ersetzt.
2. Im § 10 Abs. 3 werden ersetzt:
 - a) in Z 1 der Betrag „1,56 S“ durch den Betrag „0,113 €“,
 - b) in Z 2 der Betrag „2,76 S“ durch den Betrag „0,201 €“,
 - c) in Z 3 der Betrag „4,90 S“ durch den Betrag „0,356 €“.
3. Im § 10 Abs. 4 wird der Betrag „0,59 S“ durch den Betrag „0,043 €“ ersetzt.
4. Im § 11 Abs. 1 wird in Z 1 der Betrag „3,20 S“ durch den Betrag „0,233 €“ und in Z 2 der Betrag „6,40 S“ durch den Betrag „0,465 €“ ersetzt.
5. Im § 11 Abs. 6 wird der Betrag „23 S“ durch den Betrag „1,67 €“ ersetzt.
6. Im § 12 Abs. 4 wird der Betrag „20 S“ durch den Betrag „1,45 €“ ersetzt.
7. Die Tabelle im § 13 Abs. 1 lautet:

In der Gebühren- stufe	Tagesgebühr				Nächtigungs- gebühr	
	Tarif I		Tarif II		Schilling	Euro
	Schilling	Euro	Schilling	Euro		
1	339	24,6	255	18,5	183	13,3
2a	384	27,9	288	20,9	210	15,3
2b	384	27,9	288	20,9	249	18,1
3	480	34,9	360	26,2	249	18,1

8. Im § 25a Abs. 1 lit. d wird der Betrag „30 S“ durch den Betrag „2,2 €“ ersetzt.
9. Im § 25b Abs. 2 werden der Betrag „75 S“ durch den Betrag „5,5 €“ und der Betrag „150 S“ durch den Betrag „10,9 €“ ersetzt.
10. Im § 36a Abs. 1 wird der Betrag „1 000 S“ durch den Betrag „72,7 €“ ersetzt.
11. Im § 39 Abs. 2 werden ersetzt:
 - a) in Z 1 der Betrag „1 260 S“ durch den Betrag „91,6 €“,
 - b) in Z 2 der Betrag „630 S“ durch den Betrag „45,8 €“.
12. Im § 64 Abs. 1 wird der Betrag „58 S“ durch den Betrag „4,2 €“ ersetzt.
13. Dem § 77 wird folgender Abs. 20 angefügt:

„(20) § 3 Abs. 5, § 10 Abs. 3 und 4, § 11 Abs. 1 und 6, § 12 Abs. 4, § 13 Abs. 1, § 25a Abs. 1 lit. d, § 25b Abs. 2, § 36a Abs. 1, § 39 Abs. 2 und § 64 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

- 31 -

Artikel 8 **Änderung des Karenzurlaubsgeldgesetzes**

Das Karenzurlaubsgeldgesetz, BGBl. Nr. 395/1974, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 94/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 16 Abs. 1 werden der Betrag „5 696 S“ durch den Betrag „413,9 €“ der Betrag „2 870 S“ durch den Betrag „208,6 €“ ersetzt.
2. Im § 19 Abs. 1 wird der Betrag „2 500 S“ durch den Betrag „181,7 €“ ersetzt.
3. Im § 22 Abs. 1 werden ersetzt:
 - a) in Z 1 lit. a der Betrag „140 000 S“ durch den Betrag „10 174,2 €“;
 - b) in Z 1 lit. b der Betrag „175 000 S“ durch den Betrag „12 717,7 €“;
 - c) in Z 1 lit. c der Betrag „225 000 S“ durch den Betrag „16 351,4 €“;
 - d) in Z 1 lit. d der Betrag „275 000 S“ durch den Betrag „19 985,0 €“;
 - e) in Z 2 lit. a der Betrag „350 000 S“ durch den Betrag „25 435,5 €“;
 - f) in Z 2 lit. b der Betrag „400 000 S“ durch den Betrag „29 069,1 €“;
 - g) in Z 2 lit. c der Betrag „450 000 S“ durch den Betrag „32 702,8 €“.
4. Dem § 39 wird folgender Abs. 18 angefügt:

„(18) § 16 Abs. 1, § 19 Abs. 1 und § 22 Abs. 1 Z 1 und 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 9 **Änderung des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes**

Das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. Nr. 100/1993, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 94/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 18 Abs. 3 wird der Betrag „5 000 S“ durch den Betrag „363,4 €“ ersetzt.
2. Dem § 51 wird folgender Abs. 10 angefügt:

„(10) § 18 Abs. 3 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 10 **Änderung des Bundesgesetzes über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte**

Das Bundesgesetzes über dienstrechtliche Sonderregelungen für ausgegliederten Einrichtungen zur Dienstleistung zugewiesene Beamte (DRSG-AE), BGBl. I Nr. 138/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 3 Abs. 1 wird der Betrag „130 000 S“ durch den Betrag „9 447,5 €“ ersetzt.
2. Dem § 13 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) § 3 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 11 **Änderung des Teilpensionsgesetzes**

Das Teilpensionsgesetz, BGBl. I Nr. 138/1997, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 2 Abs. 2 Z 3 lit. a werden der Betrag „12 000S“ durch den Betrag „872,1 €“ und der Betrag „6 000 S“ jeweils durch den Betrag „436,0 €“ ersetzt.
2. Im § 2 Abs. 2 Z 3 lit. b werden der Betrag „18 000S“ durch den Betrag „1 308,1 €“ und der Betrag „6 000 S“ jeweils durch den Betrag „436,0 €“ ersetzt.
3. Im § 3 Abs. 2 wird der Betrag „10 000 S“ durch den Betrag „726,7 €“ ersetzt.
4. Dem § 9 wird folgender Abs. 4 angefügt:

„(4) § 2 Abs. 2 Z 3 lit. a und b und § 3 Abs. 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Artikel 12 **Änderung des Richterdienstgesetzes**

Das Richterdienstgesetz, BGBl. Nr. 305/1961, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. § 66 Abs. 1 lautet:

„(1) Das Gehalt des Richters wird durch die Gehaltsgruppe und in ihr durch die Gehaltsstufe bestimmt. Es beträgt:

- 32 -

in der Gehalts- stufe	in der Gehaltsgruppe							
	R 1a		R 1b		R2		R3	
	S	€	S	€	S	€	S	€
1	37 974	2 759,7	37 974	2 759,7	--	--	--	--
2	43 696	3 175,5	43 696	3 175,5	--	--	--	--
3	48 898	3 553,6	48 898	3 553,6	--	--	--	--
4	54 100	3 931,6	54 100	3 931,6	60 342	4 385,2	--	--
5	59 301	4 309,6	60 862	4 423,0	66 584	4 838,8	81 149	5 897,3
6	63 984	4 649,9	65 544	4 763,3	72 826	5 292,5	88 432	6 426,6
7	67 624	4 914,4	69 185	5 027,9	79 069	5 746,2	95 715	6 955,9
8	70 746	5 141,3	72 307	5 254,8	84 791	6 162,0	107 439	7 807,9

Ein festes Gehalt gebührt:

1. dem Präsidenten des Oberlandesgerichtes im Ausmaß von 118 826 S/8 635,4 €,
2. dem Vizepräsidenten des Obersten Gerichtshofes im Ausmaß von 118 397 S/8 604,2 €,
3. dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes im Ausmaß von 130 752 S/9 502,1 €.

2. Im § 67 wird in Z 1 der Betrag „24 547 S“ durch den Betrag „24 547 S/1 783,9 €“ und in Z 2 der Betrag „25 232 S“ durch den Betrag „25 232 S/1 833,7 €“ ersetzt:

3. Im § 68 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „1 561 S“ durch den Betrag „1 561 S/113,4 €“,
- b) in Z 2 der Betrag „2 289 S“ durch den Betrag „2 289 S/166,3 €“,
- c) in Z 3 der Betrag „3 537 S“ durch den Betrag „3 537 S/257,0 €“,
- d) in Z 4 der Betrag „4 162 S“ durch den Betrag „4 162 S/302,5 €“,
- e) in Z 5 der Betrag „5 306 S“ durch den Betrag „5 306 S/385,6 €“,
- f) in Z 6 der Betrag „3 537 S“ durch den Betrag „3 537 S/257,0 €“,
- g) in Z 7 der Betrag „9 780 S“ durch den Betrag „9 780 S/710,7 €“,
- h) in Z 8 der Betrag „12 173 S“ durch den Betrag „12 173 S/884,6 €“ und
- i) in Z 9 der Betrag „8 947 S“ durch den Betrag „8 947 S/650,2 €“.

4. Im § 166c Abs. 4 werden ersetzt:

- a) in Z 1 der Betrag „25 000 S“ durch den Betrag „25 000 S/1 816,8 €“,
- b) in Z 2 der Betrag „50 000 S“ durch den Betrag „50 000 S/3 633,6 €“.

5. Die Tabelle im § 168 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

in der Gehalts- stufe	in der Gehaltsgruppe					
	I		II		III	
	S	€	S	€	S	€
1	25 868	1 879,9	--	--	--	--
2	28 658	2 082,7	--	--	--	--
3	31 451	2 285,6	--	--	--	--
4	34 244	2 488,6	--	--	--	--
5	37 036	2 691,5	--	--	--	--
6	39 829	2 894,5	--	--	--	--
7	42 625	3 097,7	--	--	--	--
8	44 456	3 230,7	46 798	3 400,9	--	--
9	47 110	3 423,6	49 589	3 603,8	50 243	3 651,3
10	49 766	3 616,6	52 383	3 806,8	53 035	3 854,2
11	52 425	3 809,9	55 177	4 009,9	58 623	4 260,3
12	55 079	4 002,7	57 970	4 212,8	67 002	4 869,2
13	57 732	4 195,5	60 759	4 415,5	69 794	5 072,1
14	60 526	4 398,6	66 344	4 821,4	72 588	5 275,2
15	63 318	4 601,5	71 929	5 227,3	75 378	5 477,9
16	66 113	4 804,6	74 724	5 430,4	78 172	5 681,0

6. Im § 168a Abs. 2 wird der Betrag „3 874 S“ durch den Betrag „3 874 S/ 281,5 €“ ersetzt.

7. Im § 169a wird der Betrag „4 262 S“ durch den Betrag „4 262 S/ 309,7 €“ ersetzt.

- 33 -

8. § 170 Abs. 1 lautet:

„(1) Eine Leistungsstrukturzulage gebührt im nachgenannten Ausmaß:

1. den Richtern der Gehaltsgruppe I	
in der Gehaltsstufe 10	1 300 S / 94,5 €
in der Gehaltsstufe 11	1 197 S / 87,0 €
in der Gehaltsstufe 12	1 092 S / 79,4 €
in der Gehaltsstufe 13	989 S / 71,9 €
in der Gehaltsstufe 14	884 S / 64,2 €
in der Gehaltsstufe 15	781 S / 56,8 €
in der Gehaltsstufe 16	676 S / 49,1 €
2. den Richtern der Gehaltsgruppe II	
in der Gehaltsstufe 13	937 S / 68,1 €
in der Gehaltsstufe 14	832 S / 60,5 €
in der Gehaltsstufe 15	729 S / 53,0 €
in der Gehaltsstufe 16	624 S / 45,3 €

9. Dem § 173 wird folgender Abs. 28 angefügt:

„(28) § 66 Abs. 1, § 67 Abs. 1, § 68, § 166c Abs. 4 Z 1 und 2, § 168 Abs. 2, § 168a Abs. 2, § 169a und § 170 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten mit 1. Jänner 2001 in Kraft. Sind Betragsansätze sowohl in Schilling als auch in Euro angeführt, gelten die Schillingbeträge für die Zeit bis zum Ablauf des 31. Dezember 2001, die Eurobeträge für die Zeit ab dem 1. Jänner 2002.“

Artikel 13

Änderung des Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1984

Das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, BGBl. Nr. 302, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. Die Tabelle im § 106 Abs. 2 Z 9 erhält folgende Fassung:

in der Dienst- zulagengruppe	in den Gehaltsstufen				ab der	
	1 bis 8		9 bis 12		Gehaltsstufe 13	
	S	€	S	€	S	€
I	6 021	437,6	6 435	467,6	6 830	496,4
II	5 609	407,6	6 001	436,1	6 365	462,6
III	4 615	335,4	4 942	359,1	5 239	380,7
IV	4 111	298,8	4 397	319,5	4 674	339,7
V	2 763	200,8	2 951	214,5	3 132	227,6
VI	2 304	167,4	2 460	178,8	2 613	189,9

2. Im § 115d Abs. 4 werden ersetzt:

a) in Z 1 der Betrag „25 000 S“ durch den Betrag „1 816,8 €“,

b) in Z 2 der Betrag „50 000 S“ durch den Betrag „363,4 €“.

3. Dem § 123 wird folgender Abs. 36 angefügt:

„(36) In der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 treten in Kraft:

1. § 106 Abs. 2 Z 9 mit 1. Jänner 2002,

2. § 115d Abs. 4 Z 1 und 2 mit 1. Jänner 2002.

Sind Betragsansätze sowohl in Schilling als auch in Euro angeführt, gelten die Schillingbeträge für die Zeit bis zum Ablauf des 31. Dezember 2001, die Eurobeträge für die Zeit ab dem 1. Jänner 2002.“

4. Im Art. XI Abs. 3 des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 372/1984 wird der Betrag „400 S“ ab 1. Jänner 2002 durch den Betrag „29,1 €“ ersetzt.

Artikel 14

Änderung des Land- und forstwirtschaftlichen Landeslehrer-Dienstrechtsgesetzes 1985

Das Land- und forstwirtschaftliche Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1985, BGBl. Nr. 296, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 95/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 124d Abs. 4 werden ersetzt:

a) in Z 1 der Betrag „25 000 S“ durch den Betrag „1 816,8 €“,

b) in Z 2 der Betrag „50 000 S“ durch den Betrag „3 633,6 €“.

2. Dem § 127 wird folgender Abs. 27 angefügt:

„(27) § 124d Abs. 4 Z 1 und 2 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

- 34 -

Artikel 15**Änderung des Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetzes**

Das Wachebediensteten-Hilfeleistungsgesetz, BGBl. Nr. 177/1992, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl. I Nr. 94/2000, wird wie folgt geändert:

1. Im § 7 Abs. 1 wird der Ausdruck „eine Million fünfhunderttausend Schilling“ durch den Betrag „109 009,3 €“ ersetzt.

2. Dem § 14 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) § 7 Abs. 1 in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. XXX/2000 tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft.“

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Schwerpunkt des Entwurfes sind Bestimmungen über die Flexibilisierung der Arbeitszeit im Bundesdienst, wodurch die im Regierungsprogramm vorgesehene Einführung von Jahresarbeitszeitmodellen ermöglicht werden soll. Der Entwurf schafft in diesem Sinne insbesondere die Möglichkeit, in den Dienstplänen die Wochenarbeitszeit in den einzelnen Wochen des Jahres auch abweichend von der 40-Stunden-Woche höher oder niedriger festsetzen zu können, wenn die Wochenarbeitszeit im Durchschnitt aller Wochen des Jahres 40 Stunden beträgt. Weitere Flexibilisierungsmaßnahmen betreffen die Einführung eines Durchrechnungszeitraumes von einem Kalendervierteljahr bei der Ermittlung von Überstunden, Erleichterungen bei der Einführung von Gleitzeitdienstplänen und beim Verbrauch von Zeitguthaben während der Blockzeit sowie die Schaffung der Möglichkeit, die Wochenarbeitszeit auch ungleichmäßig auf die Tage der Woche verteilen zu können.

Im Zusammenhang mit diesen Flexibilisierungsmaßnahmen und der in der Folge zu erwartenden Differenzierung und Auffächerung der Dienstpläne für verschiedene Bedienstetengruppen in einzelnen Dienststellen ist im Entwurf eine grundsätzlich verpflichtende Einführung von elektronischen Zeiterfassungssystemen im gesamten Bundesdienst vorgesehen.

Darüber hinaus wird im Entwurf die im Hinblick auf die Einführung des EURO als reales Zahlungsmittel mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2002 erforderliche Umstellung von Schillingbeträgen auf Eurobeträge in sämtlichen Dienst- und Besoldungsrechtsgesetzen vorgenommen. Um eine frühe Einstellung zu ermöglichen, werden die Beträge schon ab 1. Jänner 2001 sowohl in Schilling als auch in Euro dargestellt.

Die Flexibilisierung der Arbeitszeit sowie weitere Maßnahmen im Zusammenhang mit dem in Vorbereitung befindlichen Budgetbegleitgesetz stehen noch in Verhandlung mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes.

Die Zuständigkeit des Bundes zur Erlassung dieses Bundesgesetzes ergibt sich

1. hinsichtlich der Art. 1 bis 12 (BDG 1979, GehG, VBG, PG 1965, NGZG, BThPG, RGV, KUG, B-GBG, TPG, RDG) und Art. 15 (WHG) aus Art. 10 Abs. 1 Z 16 B-VG,
2. hinsichtlich des Art. 13 (LDG) aus Art. 14 Abs. 2 B-VG,
3. hinsichtlich des Art. 14 (LLDG) aus Art. 14a Abs. 2 B-VG,

Finanzielle Auswirkungen

Finanzielle Auswirkungen der Flexibilisierung der Arbeitszeit im Bundesdienst entstehen erst durch die Konkretisierung in den einzelnen Dienststellen, da durch den vorliegenden Entwurf lediglich der gesetzliche Rahmen geschaffen wird, der erst auf Dienststellenebene in konkrete Maßnahmen umgewandelt wird. Es wird mit einer erzielbaren Aufwandssenkung von 0,5 Milliarden Schilling je Kalenderjahr gerechnet.

Bezüglich der finanziellen Auswirkungen für die Flexibilisierung der Arbeitszeit wurde von folgenden Annahmen ausgegangen:

- Gesetzlich verpflichtend vorgesehene Gleitzeitregelung, während der primär Zeitausgleich 1:1 gebührt.
- Abfederung von Überstunden durch Überkapazität

Annahmen:

- Für Überstundenvergütungen fielen 1999 in den Kapiteln 01-65 ca. 5.108,03 Mio. an.
- Das Modell der Jahresarbeitszeitdurchrechnung brachte in anderen Bereichen Einsparungen in der Höhe von 15% - 20%. Für den Bundesbereich werden nur 10% angesetzt, da der vorliegende Entwurf, Ruhepausen (Mittagspause) nicht als Abwesenheit wertet.

Hinsichtlich der EURO-Umstellung entsteht kein zusätzlicher Mehraufwand.

Besonderer Teil

Zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs wird bemerkt:

Zu Art. 1 Z 1 (§ 47a BDG 1979):

Die in der Z 1 enthaltene Neudefinition des Begriffes „Dienstzeit“ wurde insbesondere im Zusammenhang mit den die Überstunden einschränkenden Regelungen im § 49 BDG 1979 erforderlich. Dieser Begriff soll künftig neben den schon bisher in die Dienstzeit einzurechnenden dienstplanmäßig vorgeschriebenen Dienststunden und den in der Z 2 unter dem Begriff „Mehrdienstleistung“ neu zusammengefassten Überstunden und jener Teile der Bereitschaft und des Journaldienstes, während derer der Beamte verpflichtet ist, seiner dienstlichen Tätigkeit nachzugehen, auch folgende in den lit. c und d angeführten Zeiten umfassen:

- Zeiten, mit denen die dienstplanmäßige Dienstzeit an Werktagen überschritten wird, wenn sie noch im selben Kalendervierteljahr im Verhältnis 1:1 durch Freizeit ausgeglichen werden (lit. c), und
- Zeiten, mit denen in Teilbeschäftigungs-Dienstverhältnissen die dienstplanmäßige Dienstzeit überschritten

- 2 -

wird, soweit solche Zeiten nicht die volle Wochendienstleistung, das heißt die Wochendienstleistung in einem Vollbeschäftigungs-Dienstverhältnis, überschreiten (lit. d).

Zu Art. 1 Z 2 (§ 48 Abs. 1 bis 4 BDG 1979):

Um die Dienstbehörden und Dienststellen bei der Einführung der mit diesem Entwurf angestrebten weiteren Flexibilisierung und damit Auffächerung der Dienstzeitregelungen für verschiedene Bedienstetengruppen und in der Folge die Vorgesetzten bei der Erfüllung ihrer Dienstpflicht, für die Einhaltung der Dienstzeit zu sorgen, zu unterstützen, ist eine möglichst wirksame und auch für die Bediensteten zumutbare Form der Zeiterfassung beim Bund erforderlich.

Auf Grund der damit bereits in einzelnen Dienststellen des Bundes und vor allem auch bei anderen Gebietskörperschaften gemachten positiven Erfahrungen wird im Abs. 1 der automationsunterstützten Zeiterfassung vor allen anderen derzeit üblichen Zeiterfassungssystemen der Vorzug gegeben. Deren Einführung soll vor allem im Zusammenhang mit den vorgesehenen Maßnahmen zur Flexibilisierung der Dienstzeit und der damit verbundenen Differenzierung der Dienstpläne grundsätzlich verpflichtend sein. Mit der Wendung "sofern nicht zwingende dienstliche Gründe entgegenstehen" wird zum Ausdruck gebracht, dass einerseits Ausnahmen davon in Bereichen zulässig sind, wo der Dienstbetrieb (zB im Außendienst) eine elektronische Zeiterfassung überhaupt nicht zulässt oder wo andererseits die kurzfristige Einführung aus budgetären Gründen nicht sofort möglich ist. Das Argument der momentan nicht gegebenen Finanzierbarkeit solcher Zeiterfassungssysteme wird freilich nicht davon entbinden, mittelfristig dafür vorzusorgen und eine automationsunterstützte Zeiterfassung ehestmöglich vorzusehen.

Im Abs. 2 wird - ergänzend zur derzeit ausschließlich vorgesehenen gleichmäßigen Aufteilung der Jahresdienstzeit auf die Wochen eines Kalenderjahres (regelmäßige Wochendienstzeit von 40 Stunden) - die Möglichkeit eröffnet, die Jahresarbeitszeit - je nach dienstlichen Notwendigkeiten und unter Bedachtnahme auf sonstige öffentliche Interessen - auch ungleichmäßig auf die Wochen eines Kalenderjahres zu verteilen. Damit soll ermöglicht werden, einerseits den Personaleinsatz in einzelnen Dienstbereichen besser auf den - über längere Zeiträume gesehen - ungleichmäßigen (zB saisonmäßigen) Arbeitsanfall auszurichten und andererseits dem Wunsch von Bediensteten, mit längeren Arbeitszeiten in Wochen mit größerem Arbeitsanfall längere zusammenhängende Freizeiträume in anderen Wochen zu erlangen, entsprochen werden.

Im Falle einer Über- oder Unterschreitung der regelmäßigen Wochendienstzeit in einzelnen Wochen muss diese in anderen Wochen desselben Kalenderjahres so ausgeglichen werden, dass die durchschnittliche Wochendienstzeit 40 Stunden beträgt. Das Ausmaß der vorgeschriebenen Dienststunden in Wochen mit einer von der 40-Stunden-Woche abweichenden Dienstzeit ist im Dienstplan festzulegen.

Regelungsgegenstand im neu eingefügten Abs. 2a ist die Verteilung der Wochendienstzeit auf die einzelnen Tage der Woche. Neben dem weiter beizubehaltenden Normaldienstplan, bei dem die Wochendienstzeit möglichst gleichmäßig und bleibend auf die Tage der Woche aufgeteilt wird und etwa bei einer Fünftagewoche einen Achtstundentag ergibt, soll durch den neu eingefügten zweiten Satz künftig auch eine ungleichmäßige Aufteilung der Wochendienstzeit auf die Tage der Woche ermöglicht werden, sofern nicht dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen (zB der Allgemeinheit daran, dass der Parteienverkehr nicht eingeschränkt, sondern möglichst erweitert wird) entgegenstehen.

Abweichend von der bisherigen Kannbestimmung soll gemäß Abs. 3 die Einführung der Gleitzeit künftig verpflichtend sein, wenn nicht wichtige dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen. Damit soll künftig den Interessen der Bediensteten nach größerer Zeitsouveränität auch in Dienstbereichen, in denen die Einführung der Gleitzeit schon derzeit ohne wesentliche Beeinträchtigung des Dienstbetriebes und der Interessen der Allgemeinheit möglich wäre, entsprochen werden. Im Zusammenhang damit erweist es sich als notwendig, die für das Funktionieren der Gleitzeit unbedingt erforderlichen und bisher nur in Erlassform getroffenen Regelungen über die Blockzeit (mit Anwesenheitspflicht), die Länge des Durchrechnungszeitraumes, den Ausgleich, Übertrag und Abbau von zeitlichen Mehrdienstleistungen, die Festlegung von Höchstgrenzen für die Übertragbarkeit von Zeitguthaben in den Nachmonat u.a.m. grundsätzlich zu regeln.

Nach Abs. 4 soll künftig - so wie bei der unregelmäßigen Wochendienstzeit (Abs. 2) und der Gleitdienstzeit (Abs. 3) - auch bei Schicht- und Wechseldienst der Durchrechnungszeitraum aus verwaltungsökonomischen Gründen einheitlich das Kalenderjahr sein.

Zu Art. 1 Z 3 (§ 48 Abs. 5 BDG 1979):

Diese sprachliche Anpassung ist mit Rücksicht auf die im § 48 Abs. 2 zweiter Satz BDG 1979 vorgenommene Flexibilisierung der regelmäßigen Wochendienstzeit erforderlich.

Zu Art. 1 Z 4 (§ 49 BDG 1979):

An Werktagen geleistete Überstunden sind derzeit im Verhältnis 1:1,5 durch Freizeitausgleich oder finanziell abzugelten. Bei in der Nachtzeit, das ist die Zeit zwischen 22 und 6 Uhr, geleisteten Werktagsüberstunden erhöht sich die finanzielle Abgeltung (nicht aber der Freizeitausgleich) auf 1:2.

Die samt Überschrift neu gefasste Bestimmung schränkt, wie schon in den Erläuterungen zum neu gefassten Begriff der Dienstzeit im § 47a BDG 1979 ausgeführt wurde, die bisher im Verhältnis 1:1,5 abzugeltenden

- 3 -

Überstunden ein. Dies in der Form, dass nur mehr die über die dienstplanmäßige Dienstzeit hinaus geleisteten Mehrdienstleistungen an Werktagen, die nicht mehr im selben Kalendervierteljahr im Verhältnis 1:1 durch Freizeit ausgeglichen werden können, im Verhältnis 1:1,5 abgegolten werden. Diese Änderung betrifft sowohl den Freizeitausgleich als auch die finanzielle Abgeltung. Wegen dieser künftig unterschiedlichen Behandlung von Mehrdienstleistungen mit und ohne Überstundenzuschlag wird daher im **Abs. 1** der den Überbegriff im Verhältnis zum Begriff „Überstunde“ darstellende Begriff „Mehrdienstleistung“ neu eingeführt.

Neu ist auch die im **Abs. 2** enthaltene und im Zusammenhang mit der angestrebten Reduktion von Überstunden zu sehende Anordnung, wonach Mehrdienstleistungen an Werktagen vorrangig im selben Kalendervierteljahr im Verhältnis 1:1 durch Freizeit auszugleichen sind. Unter dem Begriff „Kalendervierteljahr“ sind zu verstehen:

1. die Monate Jänner bis einschließlich März,
2. die Monate April bis einschließlich Juni,
3. die Monate Juli bis einschließlich September,
4. die Monate Oktober bis einschließlich Dezember.

Bei den Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen wird an der derzeitigen Rechtslage (bisheriger **Abs. 5**) festgehalten, dass diese nicht durch Freizeit auszugleichen sind. Ebenfalls beibehalten wird die Rangfolge des Freizeitausgleiches bei Mehrdienstleistungen außerhalb und in der Nachtzeit.

Der neu eingefügte **Abs. 3** legt fest, welche Mehrdienstleistungen als Überstunden gelten. Als solche sollen zunächst einmal weiter jedenfalls Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen gelten. Mehrdienstleistungen an Werktagen hingegen sollen nur dann als Überstunden gelten, wenn sie am Ende des Kalendervierteljahres nicht durch Freizeit ausgeglichen sind. Da sich **Abs. 4** nurmehr auf Werktagsüberstunden bezieht (und nicht mehr auf Überstunden, die an Sonn- oder Feiertagen geleistet worden sind), wird der Hinweis auf die besoldungsrechtliche Abgeltung der Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen in den **Abs. 3** aufgenommen. Die näheren Regelungen hiezu enthält wie bisher § 17 GehG, der durch das vorliegende Gesetz geändert wird. Auf die Erläuterungen zu § 17 GehG wird verwiesen.

Der nunmehrige **Abs. 4** entspricht dem bisherigen **Abs. 2**, bezieht sich aber - aus den bereits dargelegten Gründen - nur auf Werktagsüberstunden.

Beispiel:

Annahme: Ein Bediensteter hat in einem Kalendervierteljahr 30 Mehrdienstleistungsstunden an Werktagen erbracht, davon 5 zur Nachtzeit. 10 Mehrdienstleistungsstunden wurden im Laufe des Kalendervierteljahres im Verhältnis 1:1 durch Freizeit ausgeglichen.

Lösung: Nach Abzug der 10 bereits ausgeglichenen Mehrdienstleistungsstunden verbleiben am Ende des Kalendervierteljahres 20 Überstunden (davon 5 zur Nachtzeit); sie sind als Überstunden abzugelten.

Im - dem bisherigen **Abs. 4** entsprechenden - nunmehrigen **Abs. 5** wurde in der **Z 1** für den vorzunehmenden Ausgleich von Zeiten einer zusätzlichen Dienstleistung durch Freizeit neu eine Frist von einem halben Jahr eingefügt.

Bei den übrigen Regelungen handelt es sich um Zitat Anpassungen, die durch die Neugliederung der Absätze dieser Bestimmung erforderlich wurden.

Die im bisherigen **Abs. 3** enthaltene Frist von einem halben Jahr für die Mitteilung der für die erbrachten Überstunden anzuwendenden Abgeltungsart an den Beamten wird im neuen **Abs. 6** - im Hinblick auf den für die Ermittlung der Überstunden maßgebenden Durchrechnungszeitraum von einem Kalendervierteljahr - bis zum Ende des auf das Kalendervierteljahr folgenden Kalendermonats herabgesetzt.

Abs. 7 sieht auch für den Fall, dass nach dem nach **Abs. 2** vorgenommenen Freizeitausgleich bei Mehrdienstleistungen außerhalb oder in der Nachtzeit Werktagsüberstunden übrig bleiben, analog zum bisherigen § 49 **Abs. 5** erster Satz BDG 1979 eine gleichartige Rangfolge beim Freizeitausgleich dieser Überstunden vor.

Im **Abs. 8** wird der nach dem bisherigen **Abs. 6** bis zum Ende des sechsten auf die Leistung der Überstunden folgenden Monats zulässige Freizeitausgleich für die in einem Kalendervierteljahr erbrachten Werktagsüberstunden bis zum Ende des sechsten darauf folgenden Monats für zulässig erklärt. Darüber hinaus soll eine Erstreckung dieser Frist so wie bisher auf Antrag oder mit Zustimmung des Beamten möglich sein.

Dem bisherigen **Abs. 7** entsprechend bestimmt **Abs. 9**, welche Zeiten nicht als Überstunden gelten. Dabei wurde die **Z 2** an die im § 48 **Abs. 3** BDG 1979 neu aufgenommene Regelung über die Übertragbarkeit von Zeitguthaben in den Folgemonat sprachlich angepasst.

Zu Art. 1 Z 5 (§ 65 Abs. 1 BDG 1979):

EURO-Umstellung

Zu Art. 1 Z 6 (§ 76 Abs. 3 BDG 1979):

In dieser Bestimmung wird im Hinblick auf die Möglichkeit, in den einzelnen Wochen des Kalenderjahres unterschiedliche Wochendienstezeiten festzusetzen, klargestellt, dass der Anspruch auf Pflegefreistellung im Kalenderjahr nicht die regelmäßige Wochendienstezeit von 40 Stunden überschreiten darf.

Zu Art. 1 Z 7 bis 9 (§ 169 Abs. 1 Z 6, § 173 Abs. 1 Z 5 und § 187 Abs. 1 Z 4 und Abs. 2 Z 4 BDG 1979):

Zitatanpassungen an die Änderungen des Dienstzeitrechtes.

Zu Art. 1 Z 10 (§ 236b Abs. 4 BDG 1979):

EURO-Umstellung

Zu Art. 1 Z 11 (§ 240 samt Überschrift BDG 1979):

Da im Bundesdienst keine Regelungen mehr bestehen, die eine kürzere Wochendienstezeit als die 40-Stunden-Woche vorsehen, kann die Bestimmung als obsolet aufgehoben werden.

Zu Art. 2 Z 1 (§ 15 Abs. 3 Z 4 GehG):

EURO-Umstellung

Zu Art. 2 Z 2 (§ 16 Abs. 1 und 2 GehG):

§ 16 Abs. 1 und 2 GehG regelt in Ergänzung zum bisherigen § 49 Abs. 2 BDG 1979 die besoldungsrechtliche Abgeltung von an Werktagen geleisteten Überstunden. Die vorliegende Neufassung vollzieht die Änderung des § 49 BDG 1979 (nunmehr § 49 Abs. 4) nach. Auf die Erläuterungen zu dieser Änderung wird verwiesen.

Zu Art. 2 Z 3 (§ 16 Abs. 5 GehG):

Zitatanpassung an den geänderten § 49 BDG 1979.

Zu Art. 2 Z 4 (§ 16 Abs. 6 GehG):

Die Änderung des § 49 BDG 1979 bewirkt eine Umstellung des Abrechnungszeitraumes für die Überstundenvergütung von einem Kalendermonat auf ein Kalendervierteljahr.

Zu Art. 2 Z 5 (§ 17 Abs. 5 und 6 GehG):

Der neue Abs. 5 sieht vor, dass der Abrechnungszeitraum für die Sonn- und Feiertagszulage der Kalendermonat ist. Diese Regelung hat sich bisher aus dem im bisherigen § 17 Abs. 5 enthaltenen Verweis auf § 16 Abs. 6 ergeben. Da der Abrechnungszeitraum für die Überstundenvergütung im § 16 Abs. 6 auf ein Kalendervierteljahr umgestellt wird, für die Sonn- und Feiertagsvergütung aber weiterhin einen Kalendermonat betragen soll, ist eine gesonderte Regelung erforderlich.

Im Abs. 6 wird daher statt - wie im bisherigen § 17 Abs. 5 - auf § 16 Abs. 6 bis 8 nurmehr auf § 16 Abs. 7 und 8 GehG verwiesen.

Zu Art. 2 Z 6 bis 108 (GehG):

EURO-Umstellung

Zu Art. 3 bis Art. 15:

EURO-Umstellung:

Die Einführung des EURO als reales Zahlungsmittel mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2002 macht die Umstellung von Schillingbeträgen auf Eurobeträge in sämtlichen Dienst- und Besoldungsrechtsrechtsgesetzen erforderlich. Um eine frühe Einstellung zu ermöglichen, werden die Beträge schon ab 1. Jänner 2001 sowohl in Schilling als auch in Euro dargestellt. Die Umrechnung erfolgte durch Division der Schillingbeträge durch 13,7603 und nachfolgende kaufmännische Rundung auf eine Nachkommastelle

Textgegenüberstellung

In die nachfolgende Textgegenüberstellung werden Texte nicht aufgenommen, denen kein bisheriger Text gegenübersteht oder die lediglich formale Bezeichnungs- oder Zitierungsanpassungen oder die EURO-Umstellung bei Bezugsansätzen enthalten.

Geltende Fassung:

Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979

Art. 1 Z 1:

Begriffsbestimmungen

§ 47a. Im Sinne dieses Abschnittes ist:

1. Dienstzeit die Zeit der im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden, der Überstunden sowie jener Teile der Bereitschaft und des Journaldienstes, während derer der Beamte verpflichtet ist, seiner dienstlichen Tätigkeit nachzugehen,
2. Tagesdienstzeit die Dienstzeit innerhalb eines ununterbrochenen Zeitraumes von 24 Stunden und
3. Wochendienstzeit die Dienstzeit innerhalb eines Zeitraumes von Montag bis einschließlich Sonntag.

Art. 1 Z 2 und 3:

§ 48. (1) Der Beamte hat die im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden einzuhalten, wenn er nicht vom Dienst befreit oder enthoben oder gerechtfertigt vom Dienst abwesend ist.

(2) Die regelmäßige Wochendienstzeit des Beamten beträgt 40 Stunden. Die Wochendienstzeit ist unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse und der berechtigten Interessen der Beamten durch einen Dienstplan möglichst gleichmäßig und bleibend auf die Tage der Woche aufzuteilen (Normaldienstplan). Soweit nicht zwingende dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen, sind Sonntage, gesetzliche Feiertage und Samstage dienstfrei zu halten.

Vorgeschlagene Fassung:

Art. 1 Z 1:

Begriffsbestimmungen

§ 47a. Im Sinne dieses Abschnittes ist:

1. Dienstzeit die Zeit der im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden (dienstplanmäßige Dienstzeit) und der Mehrdienstleistung,
2. Mehrdienstleistung
 - a) die Überstunden,
 - b) jene Teile der Bereitschaft und des Journaldienstes, während derer der Beamte verpflichtet ist, seiner dienstlichen Tätigkeit nachzugehen,
 - c) die über die dienstplanmäßige Dienstzeit hinaus geleisteten dienstlichen Tätigkeiten, die gemäß § 49 Abs. 2 im selben Kalendervierteljahr im Verhältnis 1:1 durch Freizeit ausgeglichen werden,
 - d) die über die dienstplanmäßige Dienstzeit gemäß § 49 Abs. 5 hinaus geleisteten Tätigkeiten, soweit sie die regelmäßige Wochendienstzeit nach § 48 Abs. 2 oder 6 nicht überschreiten,
3. Tagesdienstzeit die Dienstzeit innerhalb eines ununterbrochenen Zeitraumes von 24 Stunden und
4. Wochendienstzeit die Dienstzeit innerhalb eines Zeitraumes von Montag bis einschließlich Sonntag.

Art. 1 Z 2 und 3:

§ 48. (1) Der Beamte hat die im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden einzuhalten, wenn er nicht vom Dienst befreit oder enthoben oder gerechtfertigt vom Dienst abwesend ist. Die Dienstzeit ist, sofern nicht wichtige dienstliche Interessen entgegenstehen, automationsunterstützt zu erfassen.

(2) Die regelmäßige Wochendienstzeit des Beamten beträgt 40 Stunden. Sie kann in den einzelnen Wochen über- oder unterschritten werden, hat aber im Kalenderjahr im Durchschnitt 40 Stunden je Woche zu betragen. Das Ausmaß der zulässigen Über- und Unterschreitung der regelmäßigen Wochendienstzeit in einzelnen Wochen des Durchrechnungszeitraumes ist im Dienstplan festzulegen.

(2a) Die Wochendienstzeit ist unter Berücksichtigung der dienstlichen Erfordernisse und der berechtigten Interessen der Beamten durch einen Dienstplan möglichst gleichmäßig und bleibend auf die Tage der Woche aufzuteilen (Normaldienstplan). Soweit nicht dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen

Geltende Fassung:

(3) Soweit nicht dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen, kann die gleitende Dienstzeit eingeführt werden. Gleitende Dienstzeit ist jene Form der Dienstzeit, bei der der Beamte den Beginn und das Ende seiner täglichen Dienstzeit innerhalb festgesetzter Grenzen (Gleitzeit) selbst bestimmen kann und während des übrigen Teiles der Dienstzeit (Blockzeit) jedenfalls Dienst zu versehen hat. Bei gleitender Dienstzeit ist vorzusorgen, dass die Erfüllung der regelmäßigen Wochendienstzeit im mehrwöchigen Durchschnitt gewährleistet ist.

(4) Bei Schicht- oder Wechseldienst ist ein Schicht- oder Wechseldienstplan zu erstellen. Dabei darf die regelmäßige Wochendienstzeit im mehrwöchigen Durchschnitt nicht über- oder unterschritten werden. Schichtdienst ist jene Form der Dienstzeit, bei der aus organisatorischen Gründen an einer Arbeitsstätte der Dienstbetrieb über die Zeit des Normaldienstplanes hinaus aufrechterhalten werden muss und ein Beamter den anderen ohne wesentliche zeitmäßige Überschneidung an der Arbeitsstätte ablöst. Bei wesentlichen zeitmäßigen Überschneidungen liegt Wechseldienst vor.

(5) Ist im Rahmen eines Schicht- oder Wechseldienstplanes oder eines Normaldienstplanes regelmäßig an Sonn- oder Feiertagen Dienst zu leisten und wird der Beamte zu solchen Sonn- und Feiertagsdiensten eingeteilt, so ist eine entsprechende Ersatzruhezeit festzusetzen. Der Dienst an Sonn- oder Feiertagen gilt als Werktagsdienst. Wird der Beamte während der Ersatzruhezeit zur Dienstleistung herangezogen, so gilt dieser Dienst als Sonntagsdienst.

(6)

Art. 1 Z 4:

Überstunden

§ 49. (1) Der Beamte hat auf Anordnung über die im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden hinaus Dienst zu versehen (Überstunden). Den auf Anordnung geleisteten Überstunden sind - ausgenommen bei gleitender Dienstzeit - Überstunden gleichzuhalten, wenn

1. der Beamte einen zur Anordnung der Überstunde Befugten nicht erreichen konnte,
2. die Leistung der Überstunde zur Abwehr eines Schadens unverzüglich notwendig war,

Vorgeschlagene Fassung:

entgegenstehen, kann die Wochendienstzeit auch unregelmäßig auf die Tage der Woche aufgeteilt werden. Soweit nicht zwingende dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen, sind Sonntage, gesetzliche Feiertage und Samstage dienstfrei zu halten.

(3) Soweit nicht wichtige dienstliche oder sonstige öffentliche Interessen entgegenstehen, ist die gleitende Dienstzeit einzuführen. Gleitende Dienstzeit ist jene Form der Dienstzeit, bei der der Beamte den Beginn und das Ende seiner täglichen Dienstzeit innerhalb festgesetzter Grenzen (Gleitzeitrahmen) selbst bestimmen kann. Während der innerhalb des Gleitzeitrahmens festzulegenden Blockzeit hat der Beamte jedenfalls Dienst zu versehen. Die Erfüllung der regelmäßigen Wochendienstzeit ist im Durchschnitt der Wochen des Kalenderjahres zu gewährleisten. Im Gleitzeitdienstplan ist eine Obergrenze für die jeweils in den Folgemonat übertragbaren Zeitguthaben festzulegen. Der zur Erreichung der durchschnittlichen Wochendienstzeit erforderliche Verbrauch von Zeitguthaben aus der gleitenden Dienstzeit kann, soweit nicht dienstliche Interessen entgegenstehen, vom unmittelbaren Dienstvorgesetzten auch während der Blockzeit gestattet werden.

(4) Bei Schicht- oder Wechseldienst ist ein Schicht- oder Wechseldienstplan zu erstellen. Dabei darf die regelmäßige Wochendienstzeit im Durchschnitt der Wochen des Kalenderjahres nicht über- oder unterschritten werden. Schichtdienst ist jene Form der Dienstzeit, bei der aus organisatorischen Gründen an einer Arbeitsstätte der Dienstbetrieb über die Zeit des Normaldienstplanes hinaus aufrechterhalten werden muss und ein Beamter den anderen ohne wesentliche zeitmäßige Überschneidung an der Arbeitsstätte ablöst. Bei wesentlichen zeitmäßigen Überschneidungen liegt Wechseldienst vor.

(5) Ist im Rahmen eines Dienstplanes regelmäßig an Sonn- oder Feiertagen Dienst zu leisten und wird der Beamte zu solchen Sonn- und Feiertagsdiensten eingeteilt, so ist eine entsprechende Ersatzruhezeit festzusetzen. Der Dienst an Sonn- oder Feiertagen gilt als Werktagsdienst. Wird der Beamte während der Ersatzruhezeit zur Dienstleistung herangezogen, so gilt dieser Dienst als Sonntagsdienst.

(6)

Art. 1 Z 4:

Mehrdienstleistung

§ 49. (1) Der Beamte hat auf Anordnung über die im Dienstplan vorgeschriebenen Dienststunden hinaus Dienst zu versehen (Mehrdienstleistung). Den auf Anordnung erbrachten Mehrdienstleistungen sind Mehrdienstleistungen gleichzuhalten, wenn

1. der Beamte einen zur Anordnung der Mehrdienstleistung Befugten nicht erreichen konnte,
2. die Mehrdienstleistung zur Abwehr eines Schadens unverzüglich notwendig war,
3. die Notwendigkeit der Mehrdienstleistung nicht auf Umstände zurückgeht, die

Geltende Fassung:

3. die Notwendigkeit der Leistung der Überstunde nicht auf Umstände zurückgeht, die von dem Beamten, der die Überstunden geleistet hat, hätten vermieden werden können, und
 4. der Beamte diese Überstunde spätestens innerhalb einer Woche nach der Leistung schriftlich meldet; ist der Beamte durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis ohne sein Verschulden verhindert, diese Frist einzuhalten, so verlängert sie sich um die Dauer der Verhinderung.
- (2) Überstunden sind je nach Anordnung
1. im Verhältnis 1:1,5 in Freizeit auszugleichen oder
 2. nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten oder
 3. im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen und zusätzlich nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten.
- (3) Dem Beamten ist bis zum Ende des auf die Leistung der Überstunden folgenden Monats mitzuteilen, auf welche Überstunden welche der Abgeltungsarten des Abs. 2 angewendet wird. Diese Frist kann mit Zustimmung des Beamten erstreckt werden.
- (4) Auf Zeiten einer zusätzlichen Dienstleistung nach § 23 Abs. 6 MSchG, nach § 10 Abs. 9 EKUG und nach § 50c Abs. 3 dieses Bundesgesetzes ist, soweit sie die volle Wochendienstzeit nicht überschreiten, Abs. 2 nicht anzuwenden. Diese Zeiten sind
1. im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen oder
 2. nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten.
- Soweit jedoch Zeiten einer solchen Dienstleistung die volle Wochendienstzeit überschreiten, ist Abs. 2 anzuwenden.
- (5) Überstunden außerhalb der Nachtzeit sind vor Überstunden in der Nachtzeit (22.00 bis 6.00 Uhr) auszugleichen. Überstunden an Sonn- und Feiertagen sind nicht durch Freizeit auszugleichen.
- (6) Ein Freizeitausgleich ist bis zum Ende des sechsten auf die Leistung der Überstunden folgenden Monats zulässig. Soweit nicht dienstliche Interessen entgegenstehen, kann die Frist für den Freizeitausgleich auf Antrag des Beamten oder mit dessen Zustimmung erstreckt werden.
- (7) Folgende Zeiten gelten jedenfalls nicht als Überstunden:
1. Zeiten einer vom Beamten angestrebten Einarbeitung von Dienstzeit (zB im Falle eines Dienstaustausches oder einer sonstigen angestrebten Verlegung der Zeit der Dienstleistung) und
 2. Zeitguthaben aus der gleitenden Dienstzeit bis zu der im betreffenden Dienstplan für die Übertragung in den Folgemonat zulässigen Höhe.
- Diese Zeiten sind ausschließlich im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen.

Vorgeschlagene Fassung:

- von dem Beamten, der die Mehrdienstleistung erbracht hat, hätten vermieden werden können, und
4. der Beamte diese Mehrdienstleistung spätestens innerhalb einer Woche nach der Erbringung schriftlich meldet; ist der Beamte durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis ohne sein Verschulden verhindert, diese Frist einzuhalten, so verlängert sie sich um die Dauer der Verhinderung.
- (2) An Werktagen erbrachte Mehrdienstleistungen sind nach Möglichkeit im selben Kalendervierteljahr im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen. Mehrdienstleistungen außerhalb der Nachtzeit sind vor Mehrdienstleistungen in der Nachtzeit (22.00 bis 6.00 Uhr) auszugleichen. Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen sind nicht durch Freizeit auszugleichen.
- (3) Mehrdienstleistungen an Werktagen, die im betreffenden Kalendervierteljahr nicht durch Freizeit ausgeglichen sind, gelten mit Ablauf des Kalendervierteljahres als Überstunden. Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen gelten in jedem Fall als Überstunden und sind nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten.
- (4) Werktagsüberstunden sind je nach Anordnung
1. im Verhältnis 1:1,5 in Freizeit auszugleichen oder
 2. nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten oder
 3. im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen und zusätzlich nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten.
- (5) Auf Zeiten einer zusätzlichen Dienstleistung nach § 23 Abs. 6 MSchG, nach § 10 Abs. 9 EKUG und nach § 50c Abs. 3 dieses Bundesgesetzes sind, soweit sie die regelmäßige Wochendienstzeit nach §§ 48 Abs. 2 oder 6 nicht überschreiten, die Abs. 2 bis 4 nicht anzuwenden. Diese Zeiten gelten als Mehrdienstleistung und sind
1. innerhalb von sechs Monaten im Verhältnis 1:1 in Freizeit auszugleichen oder
 2. nach besoldungsrechtlichen Vorschriften abzugelten.
- Soweit jedoch Zeiten einer solchen Dienstleistung die regelmäßige Wochendienstzeit überschreiten, sind auf sie die Abs. 2 bis 4 anzuwenden.
- (6) Dem Beamten ist bis zum Ende des auf das Kalendervierteljahr folgenden Kalendermonats mitzuteilen, auf welche Werktagsüberstunden welche Abgeltungsart des Abs. 4 angewendet wird. Diese Frist kann mit Zustimmung des Beamten erstreckt werden.
- (7) Werktagsüberstunden außerhalb der Nachtzeit sind vor Werktagsüberstunden in der Nachtzeit (22.00 bis 6.00 Uhr) auszugleichen.
- (8) Ein Freizeitausgleich für Werktagsüberstunden ist bis zum Ende des sechsten auf das Kalendervierteljahr der Leistung folgenden Monats zulässig. Soweit nicht dienstliche Interessen entgegenstehen, kann die Frist für den Freizeitausgleich auf Antrag des Beamten oder mit dessen Zustimmung erstreckt werden.
- (9) Folgende Zeiten gelten jedenfalls nicht als Überstunden:
1. Zeiten einer vom Beamten angestrebten Einarbeitung von Dienstzeit (zB im

Geltende Fassung:*Art. 1 Z 6:***§ 76. (1) und (2) ...**

(3) Die Pflegefreistellung nach Abs. 1 darf im Kalenderjahr das Ausmaß der auf eine Woche entfallenden dienstplanmäßigen Dienstzeit des Beamten nach § 48 Abs. 2 oder 6 oder nach den §§ 50a bis 50c nicht übersteigen.

(4) bis (8) ...

*Art. 1 Z 11:***Dienstzeit**

§ 240. Bestehende Regelungen, die eine kürzere Wochendienstzeit als § 48 Abs. 2 vorsehen, bleiben unberührt.

*Art. 2 Z 2 bis 4:***§ 16. (1)** Dem Beamten gebührt für Überstunden, die

1. nicht in Freizeit oder
2. gemäß § 49 Abs. 2 Z 3 BDG 1979 im Verhältnis 1:1 in Freizeit ausgeglichen werden, eine Überstundenvergütung.

(2) Die Überstundenvergütung umfasst

1. im Falle des § 49 Abs. 2 Z 2 BDG 1979 die Grundvergütung und den Überstundenzuschlag,
2. im Falle des § 49 Abs. 2 Z 3 BDG 1979 den Überstundenzuschlag.

(3) und (4) ...

(5) Die Überstundenvergütung gebührt bereits vor Ablauf der im § 49 Abs. 3 BDG 1979 angeführten Frist, wenn feststeht, dass ein Freizeitausgleich bis zum Ablauf dieser Frist nicht möglich sein wird und eine Fristerstreckung mangels Zustimmung des Beamten nicht in Betracht kommt.

(6) Abrechnungszeitraum für die Überstundenvergütung ist der Kalendermonat. Die im Kalendermonat geleisteten Überstunden sind zusammenzuzählen. Für Bruchteile von Überstunden, die sich dabei ergeben, gebührt dem Beamten der verhältnismäßige Teil der Überstundenvergütung.

Vorgeschlagene Fassung:

Fall eines Diensttausches oder einer sonstigen angestrebten Verlegung der Zeit der Dienstleistung), und

2. Zeitguthaben aus der gleitenden Dienstzeit, soweit sie die im Gleitzeitdienstplan festgelegte Obergrenze für jeweils in den Folgemonat übertragbare Zeitguthaben nicht übersteigen.

Diese Zeiten sind, soweit dies nicht bereits erfolgt ist, ausschließlich im Verhältnis 1:1 in Freizeit abzugelten.

*Art. 1 Z 6:***§ 76. (1) und (2) ...**

(3) Die Pflegefreistellung nach Abs. 1 darf im Kalenderjahr das Ausmaß der regelmäßigen Wochendienstzeit des Beamten nach §§ 48 Abs. 2 oder 6 oder nach den §§ 50a bis 50c nicht übersteigen.

(4) bis (8) ...

*Art. 1 Z 11:***Gehaltsgesetz 1956***Art. 2 Z 2 bis 4:***§ 16. (1)** Dem Beamten gebührt für Überstunden,

1. die nicht in Freizeit oder
2. die gemäß § 49 Abs. 4 Z 3 BDG 1979 im Verhältnis 1:1 in Freizeit ausgeglichen werden, eine Überstundenvergütung.

(2) Die Überstundenvergütung umfasst

1. im Fall des § 49 Abs. 4 Z 2 BDG 1979 die Grundvergütung und den Überstundenzuschlag,
2. im Fall des § 49 Abs. 4 Z 3 BDG 1979 den Überstundenzuschlag.

(3) und (4) ...

(5) Die Überstundenvergütung gebührt bereits vor Ablauf der im § 49 Abs. 8 BDG 1979 angeführten Frist, wenn feststeht, dass ein Freizeitausgleich bis zum Ablauf dieser Frist nicht möglich sein wird und eine Fristerstreckung mangels Zustimmung des Beamten nicht in Betracht kommt.

(6) Abrechnungszeitraum für die Überstundenvergütung ist das Kalendervierteljahr. Die im Kalendervierteljahr geleisteten Überstunden sind zusammenzuzählen. Für Bruchteile von Überstunden gemäß § 49 Abs. 4 Z 2 und 3 BDG 1979, die sich dabei ergeben, gebührt dem Beamten der verhältnismäßige Teil der Überstundenvergütung.

Geltende Fassung:

(7) und (8) ...

Art. 2 Z 5:

§ 17. (1) bis (4) ...

(5) § 16 Abs. 6 bis 8 ist anzuwenden.

Art. 4 Z 2:

§ 60. (1) bis (4) ...

(5) Ruhegenussfähige Zulagen, auf die ein Beamter am 13. März 1938 aufgrund des § 14 des Gehaltsgesetzes 1927, BGBl. Nr. 105/1928, Anspruch hatte, gebühren ihm mit der Maßgabe weiter, dass die Schillingbeträge als Schillingbeträge im Sinne des Schillinggesetzes, StGBI. Nr. 231/1945, gelten.

(6) ...

Vorgeschlagene Fassung:

(7) und (8) ...

Art. 2 Z 5:

§ 17. (1) bis (4) ...

(5) Abrechnungszeitraum für die Sonn- und Feiertagsvergütung ist der Kalendermonat. Die im Kalendermonat an Sonn- oder Feiertagen geleisteten Überstunden sind zusammenzuzählen. Für Bruchteile von Überstunden, die sich dabei ergeben, gebührt dem Beamten der verhältnismäßige Teil der Sonn- und Feiertagsvergütung.

(6) § 16 Abs. 7 und 8 ist anzuwenden.

Pensionsgesetz 1965

Art. 4 Z 2:

§ 60. (1) bis (4) ...

(5) Ruhegenussfähige Zulagen, auf die ein Beamter am 13. März 1938 aufgrund des § 14 des Gehaltsgesetzes 1927, BGBl. Nr. 105/1928, Anspruch hatte, gebühren ihm mit der Maßgabe weiter, dass die Schillingbeträge als Schillingbeträge im Sinne des Schillinggesetzes, StGBI. Nr. 231/1945, und ab 1. Jänner 2003 als entsprechende Eurobeträge gelten.

(6) ...